

- 01) „Der heimattreue Ost- und Westpreuße, Nr. 12, Berlin, Dezember 1933, 13. Jahrgang



Bund Deutscher Osten (B.D.O.)

Sübrer: Dr. Franz Lüdtke

Stellv. Sübrer: Dr. Ernst-Otto Thiele

Bundes-Sübrerrat: u. a. Oberposttrat Ludwig Fuchs, Dr. Hans Kallweit

Bundesamt für Heimat und Volkstumspflege:

Amtsleiter: Paul Fichte

Stellv. Amtsleiter: Oberposttrat Ludwig Fuchs

Abteilung Ost- und Westpreußen:

Leiter: Oberposttrat Ludwig Fuchs (Fernruf: 3 3 (Westend) Oberpostdirektion 5560)

Geschäftsstelle: Berlin W 30, Moqstr. 22 III. Fernsprecher: B 5 (Barbarossa) 9061. Postfachkonto: Berlin 65839

Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen e. V. in Liquidation:

Führer: Oberposttrat Ludwig Fuchs

Liquidatoren: Fall, Fuchs, Emil Herrmann, Paul Hoffmann, Dr. Kallweit, Schlorr

Schriftleiter: komm. Magistratschulrat Emil Herrmann, Berlin-Neutölln, Richardplatz 8. Fernruf: B 2 (Neutölln) 5838

Schatmeister: Kaufmann Franz Schlorr, Berlin-Lichterfelde, Margaretenstr. 9. Fernruf: G 6 (Brettenbad) 0152

Geschäftsstelle: Berlin W 30, Moqstr. 22 III. Fernsprecher: B 5 (Barbarossa) 9061. Postfachkonto: Berlin 42180. Sondertonto Heimatspende: Berlin 42188

Familienanzeigen in unserem Verbandsblatt.

Wir stellen auf dem grünen Umschlag 5 Zeilen Raum für den Ausnahmepreis von zusammen 50 Pfennig für Familienanzeigen, gleich welcher Art, zur Verfügung. Diese Anzeigen sind direkt an die **Druckerei Dr. W. Brönnner**, Nowawes bei Potsdam, Wilhelmstr. 100 zu senden.

Louis Engelke, Schriftsteller u. Vortragsmeister

(Inhaber des Kunstschneides für höhere Vortragskunst)

bringt sich den werten Landsleuten mit seinem **Riesen-Repertoire** in empfehlende Erinnerung.

Alle Dialektel Scherz und Ernst! Herausgeber der Gedichtsammlung „Späte Früchte“ und des „Liederbuch der Ost- und Westpreußen“

Preis 35 Pf., bei Abnahme von 100 Stück à 30 Pf. Probeexemplar gegen 35 Pf. in Briefmarken.

Dichtungen jeder Art, treffsicher und pikant.

FROHE BOTSCHAFT.

Durch die hohe Kunst des Herrn Geheimrat Prof. Dr. Krüchmann und seiner Assistenten an der Universitäts-Augenkl. und der pfleglichen Fürsorge dortselbst, habe ich gottlob eine wesentliche Verbesserung meiner Sehkraft erfahren, sodaß ich mich wieder frei und unbehindert bewegen und betätigen kann. — Gefl. Zuschriften und Bücherbestellungen erbitte nur nach Berlin-Treptow, Defreggerstrasse 4. — Auf frohes Wiedersehen allerseits. Louis Engelke

Ostpreußische Erzeugnisse:

Tilsiter Vollfettkäse
Tilsiter Halbfettkäse
Woriener Weichkäse
Mennonitenwurst
Neunaugen, frisch geröstet
sämtliche Fleisch- u. Wurstwaren

laut Preisliste

beziehen Sie billigst in bester Qualität vom Ostpreuß. Lebensmittelvertrieb TILSIT

Pension Berlin, Kantstraße 124

Fernsprecher: Steinplatz C 1 2155

Zimmer mit fließendem Warmwasser leer und möbliert, mit und ohne Verpflegung für dauernden oder vorübergehenden Aufenthalt

In unmittelbarer Nähe des Bahnhofs Zoologischer Garten der S. u. U.-Bahn, Straßenbahn und Autobusse nach allen Stadtteilen

Auf jeden Weihnachtstag eines ostdeutschen Landmannes gehören die **echten Thorner Lebenstropfen**. Dieselben sind appetitanregend, verdauungsfördernd und bewahrt bei Magen Schwäche. Preis nur 1 Literflasche RM. 3,85. Preis nur 1/2 Literflasche RM. 1,95. Dr. W. G. Wiele, Berlin O 27, Bruner Weg 117. **Thorner Liferfabrik** Gde. Blumenstraße, Fernruf: L 9, Telebitz#ohn 2728

Die Heimat Ostpreußen

wirbt durch die

KONFITOREI Rud. Amende

Königsberg i. Pr., Hufenallee 15:17

für ihren weltberühmten

KÖNIGSBERGER MARZIPAN

Teekonfekt, Randmarzipan, Sätze und Herzen, von 1/4 Pfd. an

pro Pfd. RM. 2.60

ab 5 kg franko, ab 10 kg. 10% Ermäßigung und franko

Der heimattreue Ost- und Westpreuße

Nr. 12

Berlin, Dezember 1933

13. Jahrg.

Ein offenes Wort auf viele Anfragen

Liebe Landsleute!

Vor mir liegt eine Unzahl von Briefen mit Anfragen von Landsleuten aus allen Teilen des Reiches: „Was ist denn nun mit uns? Was ist mit dem Reichverband? Stimmt es, daß sich der Ostpreußenbund in Berlin entgegen den klaren Anordnungen nicht aufgelöst hat, und was hat das zu bedeuten? Ist es richtig, wie behauptet wird, daß sich der Reichverband zu Unrecht aufgelöst hat und in alter Weise wiederhergestellt werden soll?“

Auf alle diese Anfragen will ich hier als alter Reichsverbandskämpfer und als verantwortlicher Schriftleiter dieser Zeitschrift eine offene Antwort geben. Dabei soll mich nichts anderes leiten als allein der Grundgedanke, der in uns Ostpreußen, in unseren Vereinen und in unseren einzelnen Mitgliedern immer gegolten hat und heute erst recht gilt: „Alles für die Sache, für den einzelnen nichts!“

Seit Anfang Juli erleben wir ein wahrhaft schauerhaftes Durcheinander in unserer Heimatbewegung. Wir wissen nicht einmal mehr, an wen wir unsere Beiträge abführen sollen. Wir sind dem V. D. O. angeschlossen. Das ist eine Tatsache, und ich verstehe nicht, wie man daran deuteln und rätseln kann. Trotzdem aber schicken uns die alten Verbände Zahlungsaufforderungen und Mahnungen. Und auf allen, selbst auf den Rechnungen, steht die Unterschrift „Heil Hitler!“ Das geht gegen jedes unverdorrene Empfinden, und ich begreife es, daß sich jeder rechts und nationalsozialistisch denkende Mann darüber empört.

Das Jahr 1933 ist so unerhört reich an innen- und außenpolitischen Erfolgen! Es hat als Krönung des beispiellosen Wertes der nationalsozialistischen Revolution den 22. November gebracht und unser deutsches Volk zu einer Willenseinheit und zu einer Einigkeit zusammenschweißt, wie es in der ganzen deutschen Geschichte, selbst wenn wir 1000 Jahre zurückgehen, noch nicht dagewesen ist. Von diesem Erleben unerhörter, schrankenloser Einigkeit und Einmütigkeit soll ausgerechnet unsere Heimatbewegung unberührt geblieben sein? Sollen wir wirklich heitert und vom geraden Wege abgedrängt werden?

Es beunruhigt uns, daß im Hintergrunde gearbeitet, geheimnisvoll getan wird. Nach altem, längst überwundenem demokratischem Brauch tragen die Schreiber des Bundes heimattreuer Ostpreußen e. V. Berlin, jetzt drei Unterschriften, gleichsam als ob einer hinter dem anderen Deckung suchte.

Vergegenwärtigen wir uns einmal die Geschehnisse der letzten Monate, wie sie von dem Leiter der Abteilung Ost- und Westpreußen unter II der „Anordnungen und Mitteilungen“ in diesem Heft zusammengestellt sind. Geht nicht aus ihnen mit erschreckender Deutlichkeit hervor, wie der Ostpreußenbund Berlin mit allen Mitteln versucht hat, sich der Eingliederung in den V. D. O. zu entziehen und andere landsm. Verbände zu dem gleichen Ziele zu verführen? Und in neuester Zeit arbeitet man in Ver-

anstaltungen! Der V. D. O. macht seit dem 4. Dezember eine große bis 10. Januar laufende, die ganze Ostfront von Ostpreußen bis zur bayrischen Ostmark umfassende Ausstellung in Berlin, aber der Bund heimattreuer Ostpreußen Berlin steht abseits, so er lädt zu einem Heimatabend am 20. Dezember, einer garricht von ihm veranstalteten Ausstellung „Deutsches Heimatwert“ in Berlin ein, wo ein Ostpreußenlied singen soll.

Wir lassen das alles über uns ergehen und taten als Vorgesetzte, als Vereine und Einzelmitglieder unsere Pflicht und arbeiten unverdorren weiter. Aber Ihr werdet mir zugeben, Landsleute! Das sind Zustände, denen so rasch wie möglich ein Ende gesetzt werden muß. Denn sie sind der heiligen Sache, der wir dienen, nicht würdig.

Wir wollen nationalsozialistisch im Geiste unseres Führers und Volkkanzlers Adolf Hitler geführt werden. Wir fordern darum Beseitigung aller störenden Strömungen aus seiner überwundenen schrecklichen Zeit des demokratischen Systems mit seinem Materialismus, Liberalismus und Egoismus. Alles das und ihr liebste Beweise Gefolge will unser Volkkanzler mit Stumpf und Stiel ausgerottet haben. Wir Heimattreuen wollen ihn in diesem Kampf unterstützen und verbitten uns darum, daß selbst in unseren Reihen noch heute Führertum mit Gewaltübertrum, Volksgenossentum mit Volkzerfegung, Eigenmütigkeit mit Gemeinnützigkeit und Personenkultus mit Heimdienst verwechselt werden.

Darum fort mit allen Quertreibereien, juristischen Spitzfindigkeiten und mit dem würdelosen Hin- und Herschwenken! Wir einfach und nationalsozialistisch denkenden Landsleute verstehen das nicht! Uns sagt das Wort, das wir aus dem Goetjehre 1922 noch im Herzen tragen, viel mehr. Es lautet: „Denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gefinnt ist, der verneinet das Uebel und heitert es weiter und weiter; aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.“

Deshalb möchte ich, liebe Landsleute, meinen Weihnachts- und Neujahrswunsch in einen Spruch zusammenfassen, den ich am Totensonntag auf einem Grabstein las, und mit dem ich, ein wenig abgeändert, schließe: „Was Ihr tut, das tut von Herzen, und tut es Gott, Eurem Heimat, Eurem Blut und Boden!“

Nun habt Ihr meine Antwort, und Ihr werdet jetzt klar sehen, wer die Schuld an der bisherigen Unruhe unter uns Heimattreuen im ganzen Reich trägt. Und Ihr werdet mit mir von Herzen wünschen, daß möglichst noch im alten Jahre die für unsere heilige Ostfrage unerhebliche Ruhe und Einigkeit wieder bei uns heimattreuen Ost- und Westpreußen einlebet! In diesem Sinne frohliche Weihnachten und ein arbeitreiches neues Jahr im Geiste des Ostgedankens.

Meine herzlichsten Segenswünsche begleiten Euch und Eure Lieben!

Euer Landmann

Emil Hermann.

Die Komödie der polnischen Minderheitsschulen

Von Viktor Halla

Immer wieder hören wir die Polen von den mehreren hunderttausenden „unerlösten polnischen Brüdern in Masuren und im Ermland“ sprechen, immer wieder verkünden sie der Welt die Mär von dem „urpolnischen Band zwischen Weichsel und Memel“. Ob auch schon jeder Stein in ost- und westpreussischen Landen das deutsche Wesen jener Gebiete zum Ausdruck bringt, ob auch schon der Ostpreuße in fester Wiederholung, sei es bei den Wahlen, der Volksabstimmung oder sonst irgendwie, sein Deutschtum und seinen deutschen Willen vor aller Welt laut bekundet — sie werden

es nicht müde, Ostpreußen als „unterjochtes polnisches Gebiet“ hinzustellen. — Welche Ziele die Polen damit verfolgen, haben wir an dieser Stelle oft genug gezeigt; und kommt es heute in diesen Heften nur darauf an: Sätze in Ostpreußen, und insbesondere in seinen südlichen und westlichen Bezirken, ein nur einigermaßen starkes polnisches Volkstum, dann würde das Polentum von den ihm gewährten Möglichkeiten zur Entfaltung in weit höherem Maße Gebrauch machen und machen können, als es dies heute tut. Nehmen wir als Beispiel die Möglichkeiten, die den Polen

Anordnungen und Mitteilungen der Abteilung Ost- und Westpreußen im V. D. O.
siehe Seite 10

durch die Preussische Minderheitsschulverordnung auf dem Gebiete des Schulwesens geboten werden (die polnische Minderheit hat in ihrem Schulwesen zum Teil weitgehendere Rechte, als sie der Staatsbürger deutscher Nationalität in Preußen genießt): Gäbe es in den ostpreussischen Grenzgebieten eine starke polnische Minderheit, so gäbe es gewiß auch ein starkes polnisches Schulwesen. Aber die Polen leiden bei uns an einem chronischen Mangel an Minderheit, und demgemäß ist ihr Minderheitsschulwesen nur ein kümmerliches Pflänzlein, das arg im Verdorbenen blüht und das nur durch das trügerische Feuerwort der polnischen Presse etwas künstliches Licht erhält.

Die Polen haben mit dem Minderheitsschulwesen schon ihre Sorge! Es wäre ihnen selbst vielleicht manchmal lieber, sie befähigt nicht so weitgehende Schulrechte, durch die sie nur blamiert werden, die sie auch nicht annähernd auszunutzen vermögen; nun sie sich durch die Anerkennung großer Schulrechte gezwungen fühlen zu zeigen, was sie können, fehlt ihnen das Feigenblatt, mit dem sie ihre Dürftigkeit bedecken können: Der Vorwand, daß sie sich nur deshalb nicht entfallen könnten, da es ihnen an Rechten gebrähe.

Der Landkreis Allenstein weist nach einer der letzten Zählungen 10 641 Schulkinder insgesamt auf; davon besuchen, sage und schreibe: 158 die polnischen Schulen, 10 483 gegen 158 — ein Kontrast, der angesichts der großpreussischen Behauptungen von den hunderttausenden von Polen in Südostprien geradezu komisch wirkt.

Wie eine Komödie muten auch die athletischen Anstrengungen an, welche die Polen machen müssen, um solch eine Schule auf die Beine zu bringen, bzw. am Leben zu erhalten. Es ist noch nicht lange her, da die staunende Welt das „polnische Schulwesen in Masuren“ sinnend betrachten durfte, das da nämlich bestand: aus einem einzigen Kinde, dem ein Lehrer samt Schule und Zubehör beigegeben war.

Doch diese Schule in Blossitten im Kreise Ortelsburg darf keineswegs Seltenheitswert für sich beanspruchen. In Dietrichswalde im Kreise Allenstein besteht (offiziell immer noch) ebenfalls eine Schule, die zuletzt auch nur 1 (ein) Kind ihr eigen nannte, und die neuerdings sogar in eine Schule ohne Kind ausgeartet ist. Selbst der polnische Herr Lehrer sah schließlich ein, daß hier Hopfen und Malz verloren sei, und stellte darauf seine segensreiche Tätigkeit ein, um nun den Kreis Köhnel mit polnischer Kultur zu beglücken.

Wir fügen hier die Namen der polnischen Schulen im Kreise Allenstein mit den Kinderzahlen, die in ihrer Großartigkeit für sich selbst sprechen, wie folgt ein:

Groß Burden	11
Billau	9
Boritten	15
Nomendorf	10
Stalbotten	12
Plautzig	20
Schönfelde	15
Gr. Peshno	7
Wemitten	11
Braunswalde	12
Neu Kaleska	22
Neu Buttrienen	14
Insgesamt	158

Im Kreise Köhnel besteht in Sternsee eine polnische Schule, die mit 9 Kindern das polnische Schulwesen des genannten Kreises repräsentiert.

Man stelle sich das einmal vor: Jergendein Dorf, in dem die Polen polnische Kultur vorzutauschen beschloßen haben, soll den Vorzug einer Minderheitsschule erhalten. Die polnische Presse gibt der staunenden Öffentlichkeit kund und zu wissen, daß die polnische Kultur in Ostpreußen erneut siegreich zum Durchbruch gelange — trotz der blutigen Tyrannei des verruchten Preußentums. Den Lehrer stellt oder stellte wenigstens bis vor kurzem der polnische Staat.

Eine kleine Nebenfrage bildet dann das Problem der Kinderbeschaffung, denn einige Kinder muß die Schule des besseren Aussehens wegen schon haben. Diesen Teil der kulturellen Angelegenheit bearbeitet häufig die dazu als zuständig anersehene polnische Bank, die bekanntlich Kredite gewährt. Was kann die Bank dafür, daß es arme oder irreführte Leute gibt, die dafür, daß sie Kredite erhalten, ihre Kinder in die polnische Schule schicken, es stünde ihnen ja gewiß frei, die Kinder in die deutsche Schule zu schicken, wenn sie durchaus wollten!! — Und wenn dann solch eine polnische Schule mit Ach und Krach endlich eröffnet worden ist, zeigt sich wieder einmal, daß „das Dichten und Trachten der Menschen böse ist von Jugend auf“ und Andart der Welt Vohn. Denn nun bleibt regelmäßig gleich von vornherein ein Teil der „polnischen“ Schulkinder der polnischen Schule fern, um lieber die deutsche Schule zu besuchen. Jetzt werden flugs alle Vettern und Tanten und Basen und sonstige Polenbundanhänger — es sind ihrer wenige genug — aus der zweiten Umgebung angeteilt, um ihre Kindlein, oft weiten Weges, in den Minderheitsschulort zu Ehre und Größe der polnischen Kultur zu entsenden, auf daß die polnische Bildungsstätte nicht völlig kindertot werde und ihr Herr Lehrer allein auf weiter Flur bleibe.

Diesohn (das ist, wenn ihr's noch nicht wißt, Allenstein) zählt nach polnischen Angaben 15 000 polnische Einwohner — aber zu einer Polenschule mit der gesetzlichen Mindestzahl von 7 Kindern hat's als die Jahre hindurch nicht gelangt. Es ist schon ein Glend! Warum schicken die Behörden die Kinder der masurischen und füderländischen Bevölkerung nicht zwangsweise in die polnische Schule, wie's die Polen in einem Antrag an das Ministerium i. Jt. allen Ernstes verlangten! In allem haben natürlich nur die Preußen schuld! —

Was den Seelentaus anlangt, über den wir in den letzten Heften unserer Zeitschrift mehrfach berichteten: In Woritten im Kreise Allenstein wurde einem Elternpaar, dessen Kinder die deutsche Schule besuchten, die Wartung des polnischen Schulhauses übertragen, worauf es seine Kinder für die polnische Schule anmeldete. Der eine Junge der Familie, der jetzt die polnische Schule besucht, hat bereits dreimal die Schule gewechselt. Wenn es dem Hohenmäg mal gerade wieder so paßt, nimmt er ohne viel Rücksicht auf die Eltern einen Schulwechsel vor, und da solche Dinge in den Dörfern mit polnischem Schulunterricht nicht selten sind, die meisten Polenschulen aber sozusagen hart an der Grenze ihres Existenzminimums stehen — die Minderheitsschule muß mindestens 7 Kinder aufweisen —, so sind die polnischen Lehrer mit ihrer eigenen und ihrer Schule Existenz sehr leicht von dem Willen der Hohenmäge abhängig, was ein bezeichnendes Licht auf den polnischen Schulbetrieb wirft, bei dem die Aufsichtsbehörden auch sonst bereits des öfteren wunderliche Dinge erlebt haben.

Mehrere der polnischen Minderheitsschulen haben in kindertöter Einfamkeit bereits das Heilige gesegnet, und verschiedene werden mühsam am Leben erhalten, sie wellen langsam dahin, wie das polnische Schulwesen in Ostpreußen im Ganzen gesehen nicht leben, nicht sterben kann. Nicht leben, da keine lebenskräftige polnische Minderheit von kultureller Stärke dahintersteht, nicht sterben, da Warschau zur Belebung harte Hochinjektionen vornimmt. Die polnische Minderheit leidet an der Schwindsucht, und die Polen wünschen nur, daß es die blühende Schwindsucht sei, damit man mit ihr wenigstens etwas vortauschen könne. Wir aber sagen: Mögen die Polen in Ostpreußen ihre Wagenschaften, deren Schädlichkeit auch auf dem Gebiete des Schulwesens wir durchaus nicht unterschätzen, weiter auf Erug und Schein aufbauen, mögen sie als Vorposten der Warschauer Politik ihre Winterarbeit betreiben — wir wissen: Der nationale Wille unserer Grenzbevölkerung und die Kraft der deutschen Kultur werden Sieger bleiben!

Ostpreußen und der Korridor

Wiederholt haben wir uns in unserer Zeitschrift mit einer der wichtigsten und am weitesten verbreiteten Schrift der polnischen Korridorpropaganda, dem in mehrere Sprachen überlegten „Katalog über Pommerellen“ beschäftigt (vgl. Nr. 1932, Nr. 12, S. 6, Nr. 1933, Nr. 9, S. 7, Nr. 10, S. 2, Nr. 11, S. 3). Von seinen „10 Geboten über Pommerellen“ haben wir die ersten fünf und das siebente bereits einer genaueren Prüfung unterworfen und feststellen können, daß sie unter einem wissenschaftlichen Deckmantel eine einseitige, in den meisten Teilen gräßliche, ja plumpe Ver-

drehung der Tatsachen bedeuten und vor den bedenkllichsten Mitteln nicht zurückstehen.

Dafür bietet gerade das VI. Kapitel, das wir heute im Zusammenhang mit dem VIII. vornehmen wollen, einen besonders schlagenden Beweis. Dieses Kapitel VI. behandelt „die Wirtschaftsbedeutung Pommerellens“, das in seinem ersten Teile die Unentbehrlichkeit des Korridors für die polnische Wirtschaft und im zweiten Teile dessen Entbehrlichkeit, ja Schädlichkeit für die Wirtschaft Deutschlands darzutun bestimmt ist.

Polen braucht nach der Meinung des Verfassers schon deshalb den Korridor als Weg zum ungehinderten Ueberseeverkehr, da 40% seiner Arbeiterkraft in der Textilindustrie und in Bergwerken beschäftigt und deswegen in ihrem Schicksal mit der überseeischen Ausfuhr eng verbunden seien. Aber merkwürdig ist es, daß gerade diese beiden Industriezweige in Polen trotz dem ungehinderten Seeverkehr eine Zeit der schwersten Krise durchlebten. Der größte Teil der Spinnereien und Webereien in Polen, besonders im Bezirk von Lodz, ist geschlossen, und in Ost-Oberschlesien sowohl als auch in den beiden anderen polnischen Kohlenrevieren wird dauernd eine Jagd nach der anderen stillgelegt.

Wenn dann noch weiter behauptet wird, auch der Weltmarkt sei stark am Bestehen des Korridors und an den Häfen Odingen und Danzig interessiert, weil er auf diese Weise nicht der monopolartigen Mittlerstellung Deutschlands ausgeliefert sei, dann darf man doch wohl fragen, ob z. B. der englische Handel wirklich so entzückt über diese Rolle des Korridors und seiner beiden Häfen ist. Denn nur damit war es den Polen im Jahre 1926 möglich, den englischen Bergarbeiterstreik so auszunützen, daß dem englischen Kohlenhandel im ganzen Ostseegebiet der Boden entzogen und die wichtigsten Absatzmärkte weggenommen wurde.

Der zweite Teil des Kapitels wird mit einer Hervorhebung der hochentwickelten Landwirtschaft im Korridor eingeleitet. Da heißt es: „Außerdem ist Pommerellen eins der hinsichtlich der Agrarproduktion am höchsten stehenden Teilgebiete, besonders was die Viehzucht anbelangt; ebenso spielt eine bedeutende Rolle in der allgemeinen Produktion Polens die in Pommerellen vorhandene Landwirtschaftsmaschinen-Industrie, die Holz- und Agrarproduktindustrie, besonders Zuckerfabriken und Brennereien.“ Hier ist man wirklich versucht zu sagen: „Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie.“ Denn das wird ja wohl auch kein einsichtiger Pole bestreiten wollen, daß alle diese hier aufgezählten Vorzüge nichts anderes als das Ergebnis deutscher Arbeit, deutschen Fleißes und deutscher Leistung sind. Und damit will man einen Anspruch Polens auf diese Gebiete herleiten?

Vollends gewissenlos aber wird die polnische Beweisführung, wenn behauptet wird: „Für Deutschland hat Pommerellen keinerlei Bedeutung, da seine Wirtschaftsstruktur die gleiche ist wie die Wirtschaftsstruktur der deutschen Ostprovinzen, welche ebenfalls zu den typischen Roggen-Produktionsländern gehören.“ Darauf hat der deutsche Professor W. Holz hingewiesen, der festgestellt hat, daß Mittel- und Westdeutschland hinsichtlich ihrer Verpflegung nicht von den östlichen Provinzen abhängig sind.

Hier wird auf eine Schrift „Die ostdeutsche Wirtschaft“ Bezug genommen, die der Leipziger Geheimrat Professor Dr. W. Holz im Jahre 1930 herausgegeben hat, und zwar in einer Weise, die man als grobe Fälschung bezeichnen muß. Denn nach der üblichen Gepflogenheit literarischer Freibeuter wird hier ein Satz aus seinem Zusammenhang gerissen und in einen völlig anderen Zusammenhang „als Beweis“ hineingestellt. Darüber hat sich Professor Holz denn auch mit aller wünschenswerten Deutlichkeit geäußert und darauf hingewiesen, daß er genau das Gegenteil von dem ausgeführt hat, was der polnische Verfasser daraus zu folgern sich erdreisete.

Unter solchen Umständen braucht man sich kaum noch zu wundern, wenn der Pole unbedünnter weiter fabuliert: „Der Anschluß Pommerellens an Deutschland würde nicht nur die Wirtschaftslage der Ostprovinzen nicht verbessern, sondern sie eher noch beträchtlich verschlechtern infolge der Pommerellen und diesen Provinzen gemeinsamen Agrarstruktur. Pommerellen und Ostpreußen haben eine ähnliche Wirtschaftsstruktur“, so schließt dieses Kapitel zusammenfassend ab: „Infolgedessen konnte Pommerellen nie Absatzmarkt für die Agrarprodukte Ostpreußens sein und war es auch nicht. Im Zusammenhang hiermit ist Pommerellen keineswegs ein Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung Ostpreußens.“

Diese rein theoretische Beweisführung ist lediglich für solche berechnete, die die tatsächlichen Verhältnisse nicht kennen. Denn in Wirklichkeit liegen die Dinge gerade umgekehrt, wie insbesondere die ausgezeichneten Tafelet auf der vom Reichsverband der heimatstreuen Ost- und Westpreußen veranstalteten Ausstellung „Ostpreußen — was es leidet, was es leidet“ auf Grund unanfechtbarer wissenschaftlicher Unterlagen anschaulich darzulegen haben. Wir müssen uns hier darauf beschränken, einige wenige Zahlen zum Beweise der wirtschaftlichen Verfestigung Ostpreußens mit dem abgetrennten Gebiete aus der Vorkriegszeit anzuführen. Der Umsatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse Ostpreußens mit Westpreußen betrug 1913 rund 200000 Tonnen, der Verkehr mit Biele 215 000 Stück, der Gesamtumsatz von Ostpreußen nach

Westpreußen 350 000 Tonnen, umgekehrt 300 000 Tonnen. Der Eisenbahnverkehr Ostpreußens mit den näheren Provinzen Westpreußen und Polen machte ein Drittel des gesamten Eisenbahnverkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland aus. So vollzog sich der Güterabsatz des Ostens nach dem Westen in Etappen: Ostpreußen über die an seine westliche Nachbarprovinz, diese an die nächste. Diese Etappen zu überspringen, ist die ostpreussische Wirtschaft nicht imstande. Die durchschnittliche Transportentfernung für ostpreussische Waren betrug vor dem Kriege 120 km, heute das Doppelte. Das macht nach Berechnung der ostpreussischen Handelskammer eine Vorbelastung allein in Frachtkosten von annähernd 20 Millionen Mark jährlich. Wie man unter diesen Umständen behaupten kann, die Wiedervereinigung des Korridors mit Deutschland würde die Wirtschaftslage Ostpreußens nicht nur nicht verbessern, sondern sogar beträchtlich verschlechtern, bleibt das Geheimnis einer vor nichts zurückschreckenden Polenpropaganda.

Diese Propaganda verschwendet überhaupt viel Mühe und Eifer auf den Versuch, den Wert und die Bedeutung Ostpreußens für das Reich in jeder Weise herabzusetzen. Dieser Absicht dient auch das ganze Kapitel VIII des Defalogs mit der Ueberschrift „Ostpreußen eine deutsche Kolonie“. Auch das ist ein altes Stück aus dem polnischen Propagandaladen, das immer wieder hervorgeholt und abgeklaut wird, obgleich auch hier die polnischen Verdrehungen und falschen, wider besseres Wissen aufgestellten Behauptungen längst als solche festgenagelt sind. Das trifft schon gleich auf die einleitende Aussage dieses Kapitels zu, wonach der jetzige Zustand der Abtrennung Ostpreußens ja schon immer bestanden habe „mit Ausnahme eines Zeitraums von kaum anderthalb Jahrhunderten von den Teilungen Polens im Jahre 1772 bis zum Ende des Weltkrieges. Nun weiß aber — in Deutschland wenigstens — jedes ältere Schulkind schon, daß das Herzogtum Pommerellen von 1309 bis 1454 bzw. 1466 dem Deutschen Ritterorden gehörte, daß also Ostpreußen in dieser Zeit fast 150 Jahre lang eine Einheit mit dem größten Teile des heutigen Korridorgebietes bildete und dadurch den unmittelbaren Anschluß an das übrige deutsche Reichsgebiet hatte. Natürlich ist diese nun einmal nicht aus der Welt zu schaffende Tatsache auch den Verfassern und verantwortlichen Herausgebern des Defalogs bekannt, aber sie wird glatt unterschlagen.

Ebenso bekannt ist diesen Leuten auch, daß es eine Fälschung ist, wenn sie behaupten: „Die ansässige preussische Bevölkerung, die zu der gleichen ethnischen Gruppe wie die Litauer gehörte, wurde durch den Kreuzritterorden restlos ausgerottet, und an ihre Stelle traten aus dem Innern Deutschlands herbeigeholte Kolonisten.“ Es ist eine unanschöne Tatsache, daß die preussischen Ureinwohner Ostpreußens keineswegs „restlos ausgerottet“ wurden. Zwar war der Widerstand der alten Preußen gegen den Orden hartnäckig und blutig, aber nach deren endgültiger Unterwerfung vollzog sich eine friedliche und zwanglose Selbstindischeung der an Zahl noch sehr beträchtlichen preussischen Ureinwohner. Wie wenig es dem Orden um die Ausrottung der Preußen zu tun war, ergibt sich aus dem Umstande, daß die Freien und Edlen der Preußen, die sich dem Orden freiwillig angeschlossen hatten, genau so behandelt wurden wie die Deutschen. Handelte es sich doch bei diesen Preußen durchaus nicht etwa um Slawen, sondern um ein tapieres, den Polen erbittert verfeindetes Bauernvolk baltisch-indogermanischer Rasse. Mitten unter ihnen hatten, teilweise als Herrenschicht die Kultur bestimmend, Ostgermanen und Wifinger, also Nordgermanen gesessen.

Im weiteren wird dann ausgeführt — das soll offenbar der vernichtende Schlag sein —, daß die Bevölkerung Ostpreußens ja überhaupt nicht rein deutsch sei. „Denn es wird außer von Deutschen in den westlichen, jüdischen und östlichen Grenzstreifen in geschlossener Masse von einer polnischen und litauischen und in den Städten von einer jüdischen Bevölkerung bewohnt. Die nationalen Minderheiten bilden in Ostpreußen 25% der Gesamtbevölkerung.“

Der Hinweis auf die jüdische Bevölkerung, von der die ostpreussischen Städte bewohnt sein sollen, ist zu kladlich und lächerlich, als daß er eine Beachtung verdiente. Auch die irreführende Beweisabsicht mit den angeblichen 25% läßt sich gelassen abtun mit dem Hinweis, daß nach der amtlichen polnischen Nationalitätenzählung von 1921 die nationalen Minderheiten in Polen 30,8% ausmachten, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß dieser Prozentsatz zugunsten des polnischen Anteils erheblich vergrößert ist.

Aber wie sieht es denn in Wirklichkeit mit diesen 25% in Ostpreußen aus? Nach der Volkszählung von 1925 gab es im ganzen Gebiet der heutigen Provinz Ostpreußen 2 117 157 Personen mit deutscher, 18 637 mit polnischer, 3368 mit

litauischer, 41 735 mit masureischer Muttersprache und 33 740 deutsch- und fremdsprachige Personen. Von diesen verstanden deutsch und polnisch 24 812 Personen.

Nun hat aber die Volksabstimmung 1920 in Masuren ergeben, daß sich 97,5% der Bevölkerung als zum deutschen Volkstum gehörig betrachteten. Somit können die Masuren nicht als besondere Nationalität mehr angesehen werden, sondern lediglich als Deutsche. Jeder, der die Masuren kennt, weiß auch, daß sie es auch nicht anders wollen. Sie scheiden also als nationale Minderheit aus. Es blieben dann nur noch die 18 637 Menschen mit polnischer, die 2338 mit litauischer und die 24 812 Deutsch- und Polnisch-Sprechenden Personen übrig. Somit machen die nationalen Minderheiten in Ostpreußen bei äußerster Berechnung zu ihren Gunsten höchstens 2,1% der Gesamtbevölkerung aus und nicht 2%, von denen die Polen so gerne träumen.

Schließlich wird noch ein neuer Nachweis dafür versucht, daß die Grenzziehung, die Abschneidung Ostpreußens vom deutschen Wirtschaftsgebiet keineswegs die Schuld an der Not dieser Provinz trage, der Korridor also ganz unschuldig an

der ostpreussischen Wirtschaftskrise sei. Denn diese Krise bestand schon vor dem Kriege. Beweis hierfür war die Massenemigration der Bevölkerung aus Ostpreußen.

Demgegenüber genügt die Feststellung, daß die starke Zuwanderung aus Ostpreußen vor dem Kriege in keinem Zusammenhang mit einer dort angeblich vorhandenen Wirtschaftskrise stand, sondern allein ihren Grund in der während der letzten 50 Jahre sprunghaft ansteigenden Industrialisierung Westdeutschlands, die aus allen Teilen Deutschlands, im besonderen aber aus Ostpreußen mit seinem starken Geburtenüberschuß Menschen anzog und durch die günstige Arbeitsgelegenheit bei hohen Löhnen eine allgemein beobachtete „Landflucht“ hervorrief.

Die polnische Propaganda kann sich drehen und wenden wie sie will: die Tatsache kann sie auf keine Weise aus der Welt schaffen, daß die Herausschneidung des Korridors ein einheitliches, in sich ausgleichendes Wirtschaftsgebiet schwer und sinnlos geschädigt und zerrissen hat.

W. W.

Die Stadtverordnetenwahlen im Korridor

Am letzten Novembersonntage fanden in Posen und im polnischen Westpreußen die Wahlen der Stadtverordneten statt. Es waren die ersten Wahlen nach dem neuen Gesetz über die Selbstverwaltung, und die Befürchtung, die wir im Märzheft dieses Jahrganges bei der Würdigung dieses Gesetzes äußerten, hat sich leider in vollem Umfange als berechtigt erwiesen: Das örtliche nationale Eigenleben der deutschen Minderheit und ihre Mitwirkung bei der Selbstverwaltung hat einen schweren Schlag erlitten. Von insgesamt 1888 Mandaten in den beiden Wojewodschaften haben die Deutschen nur mehr 33 erhalten (324 = 49,5% der Regierungsbündel und 61 die Nationaldemokraten). Dabei ist es keineswegs an dem, als wenn die Wahlbeteiligung der deutschen Bevölkerung zu wünschen übrig gelassen hätte. Im Gegenteil, die Deutschen haben allenthalben nahezu hundertprozentig für die deutsche Liste gestimmt und damit ein geradezu bewundernswürdiges Bekenntnis für ihr Deutschtum abgelegt. Aber die neue Wahlordnung hat es verursacht, daß diese geschlossene Stimmenabgabe der deutschen Minderheit bei der Verteilung der Stadtverordnetenliste nahezu wirkungslos gemacht wurde.

Dafür bietet das Wahlergebnis in Bromberg ein recht aufschlußreiches Beispiel. Dort erhielt die deutsche Liste volle 100 Prozent der deutschen Stimmen. Bei der Berechnung nach der alten Wahlordnung wären 11 bis 12 Mandate gegenüber 9 im bisherigen Stadtparlament auf die Deutschen entfallen. Jetzt brachten sie nur zwei Stadtverordnete durch. Trotzdem das Deutschtum in Bromberg 10 Prozent der Bevölkerung ausmacht, ist es unter 48 Stadtverordneten, die nach dem neuen Gesetz insgesamt gewählt wurden, nur mit zwei vertreten. Der Grund dafür lag abgesehen von der Perraufhebung des Wahlalters von 20 auf 24 Jahre in der Bestimmung, daß die Städte in einzelne Wahlbezirke aufgeteilt wurden, und daß sämtliche Stimmen, die in einem einzelnen Wahlbezirk zu einem Mandate nicht ausreichten, einfach unter den Tisch fielen. So war Bromberg in eine unverhältnismäßig große Zahl kleiner Wahlbezirke aufgeteilt worden, und diese „Wahlgeographie“ hat denn auch richtig ihren minderheitenfeindlichen Zweck erfüllt. An diesen Orten waren entweder sämtliche deutschen Listen oder die in einzelnen Bezirken für ungültig erklärt worden. In Dirschau wiederum blieben die Stimmzettel sämtlicher Parteien unberücksichtigt, die nicht dieselbe Größe wie die der Regierungsparteien aufwiesen.

In Thorn waren die deutschen Listen nur in zwei Bezirken zugelassen. Infolgedessen konnte kein deutscher Vertreter gewählt werden. In Posen fielen die Deutschen ebenfalls aus, da dort die deutschen Listen bis auf einen einzigen Bezirk gestrichen worden waren. Auch in Kafel durften die Deutschen nur in einem Bezirk wählen. Sie erzielten einen Abgeordneten. In Konitz haben die Deutschen 4, in Bandeburg 3, in Kamien bei Konitz 2, in Schönau und Soldau je 1 Abgeordneten erhalten.

In den Posener Provinzialstädten erhielten die Deutschen zu Bosanowo 4, Reutowski je 2, Kalmig je 2, Rogasen, Pilehne und Schwesenz je 1 Mandat. Bisla fiel aus. Es bestand dort genau Stimmengleichheit mit der polnischen Minderliste, so daß das Mandat durch Anstufung entschieden werden mußte. Das Los fiel auf die Minderliste. Es handelte sich also wirklich nur um eine einzige Stimme, die den Deutschen den Sieg hätte bringen können.

Es hat auf polnischer Seite natürlich auch nicht an Versuchen gefehlt, die Deutschen durch Drohungen und offenen Terror einzuschüchtern oder Beeinträchtigung in ihre Reihen hineinzutragen. Da laucht plötzlich irgendwo eine Gruppe obskurer Gestalten auf und verkündet, sie allein wäre die Betreuerin der „wirklich lokalen“ und der „wirklich aufrichtigen“ Deutschen in Polen. Ihre Tätigkeit beschränkt sich im wesentlichen darauf, gegen die Führer der alten und bewährten deutschen Minderheitsorganisationen zu hetzen, ihnen „staatsgefährliche Umtriebe“ und „Unfähigkeit in der Wahrnehmung der deutschen Belange“ zum Vorwurf zu machen. So war es auch jetzt wieder in Posen und Bromberger: Als die Stadtverordnetenwahlen bevorstanden, trat in Bromberg prompt ein „Deutscher Arbeiterbund“ auf den Plan, der weder ein Arbeiterbund ist, noch ein Recht hat, sich als deutsch zu bezeichnen. Seine Leiter sind zwei Polen namens Bilarski und Stoinski, die zu den polnischen Behörden wahrscheinlich bessere Beziehungen als zu den deutschen Kreisen besitzen. Über diesen „Bund“ veröffentlichte der „Dziennik Poznancki“ am 27. Oktober eine Notiz, in der es hieß, daß sich ein Teil der Bromberger Deutschen, „die zum polnischen Staate lokal eingestellt sind“, zusammengeschlossen habe, um sich gegen die „antistaatliche Tätigkeit“ des Abg. Graebe zu wenden; der Abg. Graebe sei ein „Verbrecher“; er habe im Jahre 1919 „als Kommandant des Bromberger Grenzschauges“ befohlen, „Handgranaten in den Sotol-Saal zu schleudern, als dort eine Versammlung der polnischen Bevölkerung stattfand und trotzdem viele Frauen und Kinder an der Versammlung teilnahmen“. Durch diese Notiz werden Geist und Niveau des „Arbeiterbundes“ hinreichend charakterisiert. Denn Tatsache ist, daß der Abg. Graebe weder jemals Kommandant des Bromberger Grenzschauges war, noch auch jemals als militärischer Vorgesetzter den Befehl gegeben hat, eine polnische Versammlung mit Handgranaten zu sprengen. Einem Bericht des „Kurjer Poznancki“ vom 18. November zufolge gehört zu diesem „Arbeiterbund“ auch der von ähnlichen Gründungen früherer Jahre her schon bekannte Bromberger Apotheker Leo Kindermann. Es liegt auf der Hand, daß dieser Bund ein neuer Ableger des hinreichend bekannten „Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbandes“ ist, der schon bei früheren Wahlen mehrfach in Posen und Bromberger vergeblich Fuß zu fassen versucht hat. Das Deutschtum hat sich durch solche Mittel noch niemals beirren und beeinflussen lassen. Auch dieses Mal nicht.

Eine tief beklagenswerte Wendung hat der Wahlkampf in Graudenz genommen, wo er zu einem schändlichen, blutigen Terror ansartete. Da es dort bei der Sprengung einer deutschen Versammlung durch polnische Stoßtrupps mehrere Verletzte gegeben hatte, beschloß die deutsche Wahlleitung, nur noch geschlossene Sitzungen der Vertrauensmänner für die deutsche Liste einzuberufen. Eine solche Sitzung, an der etwa 60 Personen teilnahmen, fand am Mittwoch vor der Wahl im deutschen Klubhaus in Graudenz statt. Schon vor Beginn der Sitzung hatten sich polnischsprechende Personen vor dem Versammlungsorte gesammelt. Nach Beginn der Sitzung war die Zahl der Leute auf mehr als 100 Personen angewachsen. Man begann sämtliche Fensteröffnungen mit Steinen einzumauern; dann drang die Menge in die vorderen Räume des Lokals ein und richtete hier eine ungeheure Bewüstung an. Es wurde sofort Postel zu Hilfe gerufen, die nach 10 Uhr

abends erklären konnte, daß die Ruhe wieder hergestellt sei, und daß sich die deutschen Männer und Frauen nach Hause begeben könnten.

Als die deutschen Vertrauensleute jedoch das Versammlungslokal verließen, wurden sie in den benachbarten Straßen überfallen. Dabei wurde der deutsche Schmiedemeister Wosk Krum von der Reute bis vor sein Haus verfolgt und an dessen Schwelle durch zehn Messerstiche in den Rücken niedergestreckt, so daß er tot vor dem Hause liegen blieb. Auf einer anderen Straße gab es eine Reihe von Säuer- und Verstoßverletzungen. Der Installateur Erich Liebhold erhielt Stiche in den Unterleib und blieb bestimmungslos liegen. Er ist einige Tage darauf seinen Verletzungen erlegen. Der Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung in Graudenz, Otto Schmiedt, ein Schwerekriegsbeschädigter, der sich nur auf Brotbesen vorwärtsbewegen kann, erhielt einen Messerstich in den Rücken, mehrere Stacheln über den Kopf, so daß er blutüberströmt bestimmungslos liegen blieb und später fortgeschafft wurde.

Die Ermordung der beiden Volksgenossen hat bei den Deutschen in Polen verständlicherweise eine ungeheure Erregung verursacht. Sie hat dazu beigetragen, die deutschen Volksgruppen in Polen nur noch enger aneinander zu schließen. Die Deutschen in Graudenz haben sich zum Zeichen des Protestes gegen die polnischen Gewalttaten an der Wahl nicht beteiligt. In ganz Polen und Sommerellen wurden alle deutschen Wahlversammlungen und geselligen Veranstaltungen abgesagt. Die Befestigung der Ermordeten gefaltete sich zu einer gewaltigen Trauerumgebung des pommerellischen Deutschtums, wie sie Graudenz seit der Abtretung an Polen noch nicht wieder erlebt hatte. Im Trauerzuge folgten über 10000 Deutsche den Särgen. Die polnischen Behörden taten diesmal alles, um die Sicherheit der Teilnehmer und die Würde der Trauerfeier vor etwaigen Ausschlägen chauvinistischer Radaubröder zu schützen. Die deutschen Geschäfte in Graudenz hatten geschlossen. Aus dem ganzen Lande waren tausende gekommen, um den Märtyrern des Deutschtums das letzte Geleit zu geben. Es ist der Wunsch der deutschen Volksgruppen in Polen und des ganzen deutschen Volkes, daß das Blut der Graudenzer Deutschen nicht umsonst vergossen sein möge, daß ihr Opfertod mit dazu beitragen möge, die beiden Völker einander näher zu bringen und den stumpfsinnigen Haß zu überwinden, den manche Kreise in Polen auch heute noch gegen alles Deutsche empfinden. Im Herzen des deutschen Volkes werden die

Toten von Graudenz fortleben als Blutzengen vältischer Opferbereitschaft!

Die jetzt von Deutschland und von Polen eingeleitete Politik der Verständigung steht unter keinem guten Stern. Die blutigen Deutschverfolgungen in Graudenz lassen erkennen, daß Worte der Verständigungsbereitschaft zwischen zwei Regierungen bald gesprochen sind, daß es aber weit schwieriger ist, Völker einander zu nähern, die sich lange Jahre hindurch feindslich und verständnislos gegenüberstanden. Wie willig und entschlossen das deutsche Volk bereit ist, seinem Führer zu folgen, das hat der 12. November der ganzen Welt in beispielloser Weise offenbart. Damit sind auf deutscher Seite alle Voraussetzungen zu einer wirklichen und erfolgreichen Verständigungspolitik mit Polen gegeben. Denn das ist gewiß, daß nur dann von einer tatsächlichen Verständigung die Rede sein kann, wenn hinter die Regierungen, die die Verständigung wollen und für notwendig halten, auch das Volk steht. Doch aber steht es damit trostlos auf der polnischen Seite aus. Dort ist das Volk und ist insbesondere die Presse noch ganz dem unseligen, zerstörenden Geiste von Versailles verhaftet. Man höre nur, was für eine Sprache sich der polnische Westmarkenverein in einem seiner jüngsten Aufrufe noch leistet: „Wer sich dem Feinde (d. h. den Deutschen) nähert, von dem muß sich ganz Polen mit Verachtung abwenden.“ Da ist wohl die Frage erlaubt, ob der polnische Außenminister Oberst Beck, der sich ja „dem Feinde“ zu nähern versucht, nach Ansicht des Westmarkenvereins auch zu den Leuten gehört, von denen sich „ganz Polen mit Verachtung abwenden muß“. Weiter heißt es: „Die Verräter werden wir brandmarken und sie der Verachtung ausliefern. Die Söldlinge eines fremden Staates (d. h. Deutschlands), die mit Judaslißberlingen klumpen, die Kaufbolde, Provokateure, Friedensbrandstifter und Seelenhändler werden wir von unseren polnischen Dörfern und unseren polnischen Häusern fernzuhalten wissen. Wir warnen alle diejenigen, die die Feinde Polens unter ihr Dach aufnehmen, und die ihre Häuser auf dem Lande den hitlerischen Kaufbolden, dem Wiskam der Menschheit, vermieten. Die Feinde mit der brandenburgischen Sprache wollen wir nicht bei uns behalten; wir brauchen kein deutsches Blut; aber wir geben das polnische Blut und den polnischen Boden nicht her!“

Solange es der polnischen Regierung nicht gelingt, diesen und allen ähnlichen Hebern ihr trauriges Handwerk zu legen, ist der Weg zwischen Berlin und Warschau noch weit und hoffnungslos verbaud. Aber schließlich ist ja auch Rom nicht an einem Tage erbaut worden.

Die polnische Verfassungsänderung

Pilsudski hat von dem Tage an, da er sich durch den Staatsstreich vom Mai 1926 in den Besitz der Macht setzte, aus seiner Abneigung und seinem Widerwillen gegen den Parlamentarismus und das demokratische System seinen Hehl gemacht. Er hat dieses System mit Hilfe seines Oberstenregiments praktisch so gut wie ganz außer Kraft gesetzt und seine Regierung mehr und mehr zu einer Art von parlamentarisch maskierter Diktatur umgewandelt. In einer Umänderung der Verfassung, die den neuen Formen gerecht würde, ist es freilich noch nicht gelungen, trotzdem sie wiederholt in Aussicht gestellt wurde. Offenbar hat sich Pilsudski vor einem neuen Staatsstreich als der einen Möglichkeit, die alte Verfassung zu beseitigen und eine neue an ihre Stelle zu setzen, geschaut. In dem anderen Wege aber, nämlich der verfassungsmäßig vorgesehenen Zweidrittelmehrheit, haben es seine Anhänger im Parlament noch immer nicht gebracht, obgleich die Mehrheit, die sie tatsächlich haben, stark genug ist, um im übrigen ihrem Willen und ihren Grundätzen der „Sanierung“ volle Geltung zu verschaffen.

Es scheint nun aber, als sei nunmehr im Pilsudski-Lager der Entschluß herangereift, ernsthaft an die Durchsetzung der neuen Verfassung heranzugehen. Jedenfalls hat auf der Regionalversammlung im August dieses Jahres Oberst Slawek, der frühere Ministerpräsident, zum ersten Male der Öffentlichkeit bekannt gegeben, wie in allgemeinen Umrissen die neue Verfassung aussehen soll. Zur Begründung der Notwendigkeit einer Verfassungsänderung übte Oberst Slawek eine scharfe Kritik an der mangelhaften Organisation des polnischen Parlamentarismus und am fehlenden Verständnis der einzelnen Abgeordneten, die bis jetzt nur auf ihre eigenen und ihrer Wähler Interessen, nicht aber ausschließlich auf das Wohl und die Interessen des Staates bedacht waren. Dem soll nun dadurch abgeholfen werden, daß erstens die Wahlbefugnisse des Staatspräsidenten erweitert

werden sollen. — zweitens daß eine Körperschaft geschaffen werden soll, die nur zum Teil auf parlamentarischem System aufgebaut wird, aber nicht so stark beeinflussbar durch die Wählerschaft wie bisher wäre. Demgemäß soll der Senat in seiner jetzigen Form erhalten bleiben, mit dem Unterschied, daß ein großer Teil seiner bisherigen Rechte an den Senat übertragen werden soll, der aber unorganisiert wird. Nach den Absichten des Regierungsbüros soll die Umgestaltung des polnischen Senates in folgender Weise vor sich gehen: Ein Drittel der Mitglieder des künftigen Senates wird vom Staatspräsidenten berufen, während zwei Drittel von den Besitzern (Rittern) der Orden „Virtuti militari“ und „Polonia restituta“ gewählt werden. Die Zahl der jetzt lebenden Ritter der genannten Orden wird nach der polnischen Zeitung „KBC“ mit rund 2000 angegeben. Man kann annehmen, daß in diesem Jahre circa 8000 neue Orden verliehen werden, so daß die Zahl der Wahlberechtigten circa 10000 ausmachen dürfte. Mit anderen Worten, in Polen wird eine privilegierte Schicht geformt, die in Wirklichkeit das ganze Staatsleben in der Hand haben wird. Dieser Zustand erinnert lebhaft an die polnische Vergangenheit: nur mit dem Unterschied, daß in früheren Jahrhunderten diese privilegierte Schicht der polnische Adel (Schlachta), jetzt die von der Regierung dazu selbst ausgewählten Personen sein werden.

Inzwischen sind einige weitere Einzelheiten des neuen Verfassungsentwurfs bekannt geworden. Die achtunggebietende Stellung des Senats soll u. a. auch in der Bestimmung zum Ausdruck kommen, daß nicht, wie bisher, der Senatsmarschall, sondern der Senatspräsident in notwendigen Fällen Vertreter des Präsidenten der Republik sein soll. Dieser selbst wird auf eine andere Form als bisher gewählt. Die Wahl nimmt zwar auch eine Nationalversammlung vor; doch ihre Zusammensetzung wird eine andere sein, wie dies bisher der Fall war. Und zwar wird die National-

versammlung nicht die Vereinigung von Sejm und Senat darstellen, sondern sich in Zukunft aus 40 vom Sejm gewählten Delegierten sowie aus 40 weiteren Delegierten zusammensetzen, die durch den Senat gewählt werden. Diese 80 Abgeordneten und Senatoren bilden die Nationalversammlung. Sollte die Versammlung einen anderen Kandidaten wählen und nicht denjenigen, der von dem zurücktretenden Präsidenten der Republik empfohlen wird, so entscheidet über die endgültige Wahl eine Volksabstimmung.

Nach einer weiteren Bestimmung werden Personen, die das 70. Lebensjahr überschritten haben, von jedem parlamentarischen Einfluß ausgeschaltet. Die Wähler des Senats (die Elite) dürfen zu dieser gesetzgebenden Körperschaft niemand berufen, der das 70. Lebensjahr erreicht hat. Das aktive Wahlrecht zum Senat, das den Rittern des Virtutimilitari-Ordens und den Inhabern des Unabhängigkeitskreuzes zugehört, wird durch die Einführung der Kontrolle eines jeden eingeschränkt werden, der den Virtuti-Orden oder die Kreuzauszeichnung erhalten hat.

Besonders ungünstig wird sich diese Verfassungsreform auf die Lage der „Minderheiten“ auswirken, denn sie bedeutet eine weitere Beeinträchtigung der Rechte der nichtpolnischen Bürger im polnischen Staate und läuft den von Polen in Versailles übernommenen Verpflichtungen zuwider. Nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages hat

jeder polnische Bürger ohne Rücksicht der Nation das Recht, in die parlamentarischen Vertretungen (Sejm — Senat) im vorgeschriebenen Alter zu wählen, bzw. gewählt zu werden. Nach dem neuen Plane wird dieses Recht nur auf Befehl bestimmter polnischer Orden beschränkt. Wer die ganze Lage in Polen kennt, weiß aber ohne weiteres, daß derartige Ordensinhaber niemals unter Deutschen, Ukrainern, Weißruthenen oder Litauern zu finden sind, daß mit anderen Worten die Minderheiten zum mindesten vom Senat, der allein noch Bedeutung haben wird, ausgeschlossen sind.

Aus der Rede Siawels kann man noch nicht schließen, ob der Plan der Verfassungsänderung bereits völlig ausgearbeitet vorliegt. Allgemein verlautet, daß daran „weitergearbeitet“ und dem Sejm erst vorgelegt werden wird, nachdem der Vorschlag des neuen Staatsbudgets im Sejm und Senat erledigt wurde. Es bleibt somit für die polnische Regierung noch Zeit zur Ausarbeitung und Schaffung der notwendigen Mehrheit übrig. — Wie diese für die Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit allerdings ausfallen soll, ist noch ganz unbestimmt, da weder Opposition noch nationale Minderheiten dafür zu haben sind. Man wird allerdings nicht daran zweifeln dürfen, daß Pilsudski schon Mittel und Wege finden wird, seinen Willen in die Tat umzusetzen, sobald er ernüchtert dazu entschlossen ist.

Kurzberichte für die „Heimattreuen“

Ostpreußen als Kulturquelle

Die Hinwendung der inneren Beteiligung des neuen Deutschlands an dem Schicksal Ostpreußens offenbart sich nicht nur in wirtschaftlichen und staatspolitischen Maßnahmen, sondern sie findet ihren bewußten Willensausdruck namentlich auch auf kulturellen Gebieten. Zum sinnfälligen Zeichen dafür wird demnächst Ostpreußen zwei große Stützpunkte erhalten, die für das gesamtdeutsche Kulturleben große Bedeutung gewinnen werden: Die Königsberger Universität wird in eine Reichsuniversität umgewandelt, und die Marienburg wird eine nationale Erziehungsanstalt erhalten.

Somit wird Königsberg die erste Universität haben, die vom Reich unterhalten wird. Das wird sich zweifellos in der Zahl und der Zusammenfassung der Studenten zunächst auswirken und dazu beitragen, daß sehr viel härter als bisher die akademische Jugend aus allen Teilen des Reiches den deutschen Osten kennen lernt. Eine ähnliche Bedeutung wird die große nationalpolitische Erziehungsstätte erhalten, die anstatt des bisherigen Museums in der Marienburg aufgenommen wird. Eine gleichartige Anstalt wurde vor kurzem in Plön eingeweiht.

Zu dem planmäßigen Ausbau Ostpreußens als eines Mittelpunktes deutscher Kultur gehört auch die Gründung eines Ostpreußeninstituts und des Staatswissenschaftlichen Instituts, die an die Stelle des alten Instituts für östdeutsche Wirtschaft treten. Das neue Ostpreußeninstitut wird unter Leitung von Dr. v. Grünberg stehen, der seine Mitarbeiter selber berufen soll. Zum Leiter des Staatswissenschaftlichen Instituts, das zur Ergänzung und zum Unterbau für das Ostpreußen-Institut berufen ist, wurde Professor Dr. Wiese aus Marburg verpflichtet.

Der neue Gouverneur des Memelgebietes

Aus Gründen, die noch nicht klar ersichtlich sind, hat der bisherige Gouverneur des Memelgebietes, Herr Gyllis, seinen Posten verlassen und einem neuen Mann Platz machen müssen. Gyllis kehrt, wie es heißt, wieder in den diplomatischen Dienst zurück und wird litauischer Generalkonsul in Brüssel. Er hatte in der letzten Zeit dem militärischen Kommandeur Overmonas vollständig freie Hand gelassen und scheint der Litauer Regierung nicht scharf genug gegen die deutschen Memelländer gewesen zu sein.

Das läßt die Ernennung des Dr. Kavalas zu seinem Nachfolger vermuten. Dr. Kavalas hat sein neues Amt bereits angetreten. Er war bisher Direktor des Bürgerchambré-Departements in Kovno und gilt in Litauen allgemein als eine der stärksten Persönlichkeiten der gegenwärtigen Regierung. Als Inhaber der gesamten Polizeigewalt ist Kavalas besonders durch die Niederschlagung der Soldaten-Gruppen bekannt geworden. Ferner wird seiner Initiative die Einführung einer Reihe strenger Gesetze zugeschrieben,

so zuletzt der beiden litauischen Ausländerverordnungen, die sich besonders nachteilig auf die noch vorhandenen reichsdeutschen Lehrer und Beamten im Memelgebiet auswirken. Die Ernennung Dr. Kavalas soll übrigens damit im Zusammenhang stehen, daß zur Beteiligung von unliebamen Erscheinungen im Memelgebiet — gemeint ist wohl die politische Lingruppierung der Deutschen — „eine starke Hand zur Verwaltung des Gebietes erforderlich“ geworden sei. Kavalas würde als erste große Aufgabe die Durchführung des neuen Beamtengesetzes zu erledigen haben. Nach diesem Gesetz müssen alle Beamten nichtlitauischer Staatsangehörigkeit vom 10. Dezember ab ihr Dienstverhältnis mit der litauischen Regierung von neuem regeln, wobei bei einem Weiterverbleib die Kenntnis der litauischen Sprache die Hauptrolle spielt.

So scheint die Zentralregierung also mit ihrem neuen Mann einen „neuen Kurs“ im Memelgebiet einführen zu wollen. Sie will — mit anderen Worten — zu der Politik der Bedrückung zurückkehren. Sie hat demnach noch immer nicht eingesehen, daß auf diesem Weg eine Verständigung mit Deutschland nicht zu erreichen ist.

Abschied von Danzig

Generalkonsul Freiherr von Thermann, der über 7 Jahre lang das Deutsche Reich in Danzig vertrat, hat Danzig verlassen, da er zum Gesandten in Buenos Aires ernannt worden ist. Sein gastfreies Haus und seine verdienstvolle Tätigkeit werden die Danziger in bester Erinnerung behalten. Denn Freiherr von Thermann war stets in vollem Verständnis für Danzigs besondere Lage bemüht, Danzig und seiner deutschen Bevölkerung nach allen Kräften zu dienen.

Gleichzeitig ist ein anderes allgemein bekanntes Mitglied des Danziger Diplomatischen Korps von Danzig geschieden, der Generalkonsul der Sowjetunion Dr. Kalina. Er ist auf den Posten des Vertreters des Volkskommissariats für Aussenverhältnisse bei der sowjet-ukrainischen Regierung in Charkow berufen worden und gehört damit gleichzeitig zur Regierung der Sowjetukraine. Bei der Abschiedsfeier erkannte Präsident Dr. Kausching dessen Verdienste namentlich um die Abwägung wirtschaftlicher Verbindungen zwischen Danzig und Rußland warm an.

Schließlich verläßt Danzig noch einen zwar unpolitischen, aber dennoch um das Deutsche Reich und um die Vertiefung der Verbindung Danzigs mit dem Mutterlande hochverdienten Mann in dem Joppoter Kurdirektor Freiherr von Wehmar. Er ist zum Generaldirektor der Kur- und Badebetriebe von Wiesbaden gewählt worden, nachdem er 5½ Jahre lang seine Joppoter Stellung bekleidet hatte. Er hat sich um die Entwicklung des Bades Joppot große Verdienste erworben und erweist sich dank seiner Lebenswürdigkeit und seiner ferndeutigen Gesinnung großer Beliebtheit in Joppot und Danzig.

Ausweisung aus Danzig

Nach Beendigung einer Schuchhaft von drei Wochen wurde nunmehr der frühere Chefredakteur der „Danziger Landeszeitung“ in Danzig, Dr. Teipel, aus dem Gebiet der Freien Stadt ausgewiesen. So hat sich Danzig eines Schädling entledigt, der als Leiter des Zentrumsorgans gegen das achtjährige Verbot der Zeitung in Gemeinschaft mit dem Verlagsleiter Allan unmittelbar eine Beschwerde beim Völkerbundkommissar Kösting über angebliche Verletzung der Danziger Verfassung angebracht hatte, ohne vorher den vorchriftsmäßigen Rechtsweg der Beschwerde bei den zuständigen Danziger Behörden gegangen zu sein. In gleicher Zeit mit Dr. Teipel und Allan wurde auch Schuchhaft über den Verlagsleiter Hooten der sozialdemokratischen „Danziger Volkstimme“ verhängt, der ebenfalls unmittelbar beim Völkerbundkommissar Beschwerde über ein zweimonatiges Verbot erhoben hatte. Hierin erklärte die Danziger Regierung mit Recht den Versuch, ein Eingreifen einer auswärtigen Macht in Innerdanziger Verhältnisse zu veranlassen.

Es heißt, daß sich der Völkerbundsrat auf der Januarsitzung 1934 mit der Angelegenheit beschäftigen wird. Die Danziger Regierung lehnt auch nach neuerlichen Erklärungen des Senatspräsidenten Dr. Kaufmang ein unmittelbares Eingreifen der Genfer Instanzen in Danziger innere Verhältnisse ganz entschieden ab, weil das die Souveränität Danzigs auf innerstaatlichem Gebiet verletzen würde.

Inzwischen hat sich die „Danziger Landeszeitung“ gleichgeschaltet. Wie es heißt, wird jedoch das unglücklich in die Irre geführte Danziger Zentrum diese Zeitung nicht mehr als katholisches Organ anerkennen, sondern es boykottieren. Es beabsichtigt, ausgerechnet in Dirschau ein eigenes, kirchliches Nachrichtenblatt drucken zu lassen, das zweimal in der Woche seinem im Freistaat noch verbliebenen kleinen Häuflein von Anhängern zugestellt werden soll.

Wie lange noch wird dieses klägliche Herbild einer ehemals so selbststetigen und keineswegs ungeschickt geführten Partei Bestand haben?

Danzig als Mittelpunkt deutschen Sportlebens

Anlässlich eines kurzen Aufenthalts in Danzig erklärte vor kurzem Reichsprofessurführer von Tschammer und Osten, daß die Möglichkeit bestehe, die deutschen Olympiavorbereitungskurse nach Danzig zu verlegen. Danzig beziehe die Voraussetzung, die wichtige Stadt des östdeutschen Sports zu werden. Länderkämpfe zwischen Deutschland und anderen Nationalmannschaften sollen das nächste Mal bestimmt in Danzig stattfinden.

In der Tat ist es Danzig gelungen, sich allein schon durch seine Sportplätze eine führende Stelle im deutschen Sportleben zu sichern. Die erste bedeutende Anlage wurde 1912 unter großer Anteilnahme aller Bevölkerungsklassen feierlich eröffnet. Sie erhielt den Namen „Heinrich-Schlösser-Platz“. Heinrich Schlösser, Danziger Oberbürgermeister, hatte sich um den Sport große Verdienste erworben. Dank der Initiative der städtischen Verwaltung und auch einzelner Vereine sind in den verfloffenen 15 Jahren viele Sportplätze in Danzig geschaffen worden. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang, daß sich die Spielflächen früher nur auf das Gebiet zwischen Danzig und Langfuhr erstreckten, mit Ausnahme des Ertelplatzes in Neufahrwasser. Heute ist die Lage der Plätze mit Rücksicht auf die Verteilung der Bevölkerung wesentlich günstiger. Jetzt gruppieren sich die Anlagen Danzigs um den Kern der Stadt, und jeder Sport besitzt entsprechend seiner Größe Spielflächen.

Bequemlichkeit und Lage mancher Danziger Plätze sind besser als in vielen Städten des Reiches. Danzig hatte bis jetzt allerdings keinen Platz, der Veranstaltungen von größtem Ausmaß gewachsen ist. Doch nun vollzieht sich der Ausbau der Jahnkampfbahn, die inmitten eines bewaldeten Talles liegt und denkbar leicht zu erreichen ist. Dieser Spielplatz von gigantischen Ausmaßen, dessen Hauptfeld 25000 Besuchern Raum bietet, wird nach seiner Vollendung im nächsten Frühjahr die schönste Anlage sein, die im Osten überhaupt vorhanden ist. Es wird hier ein Sportplatz entstehen, der auf Jahrzehnte hinaus groß genug und musterhaftig bleiben soll. Ein Schwimmbaden sportgerechter Ausmaße, eine Bogarena, ein Aufmarschplatz für Hunderttausende werden das Hauptspielfeld mit seiner Nebenbahn ergänzen. Danzig soll das Zentrum des Sports im Osten werden, schon auf Grund seiner politischen Lage. Fußball- und Handball-Länderkämpfe zwischen Deutschland und anderen Nationalmannschaften sind vorgezogen. Die

ersten großen Veranstaltungen dieser Art soll es schon 1934 geben, außerdem ein gewaltiges Turnfestessen im Juli, zu dem mit über 10000 Teilnehmern gerechnet wird.

Die Leistungsfähigkeit des Danziger Hafens

In dem Kampfe Danzig—Gdingen, der ja augenblicklich zum Stillstand gekommen ist, arbeitete Polen gerne mit der Behauptung, daß der Danziger Hafen weder technisch noch organisatorisch den Bedürfnissen des politischen Ueberseehandels genüge. Demgegenüber verdient ein Aufsatz des jetzigen Danziger Hafenauschussespräsidenten Benzinger um so größere Beachtung, als Benzinger ein Schweizer, also ein Neutraler ist. Der Aufsatz ist in einer Warschauer Zeitung erschienen und führt u. a. folgendes aus: „Der Danziger Hafen hat sich die ganzen vergangenen zehn Jahre hindurch äußerst elastisch den Wirtschaftsbedürfnissen Polens angepaßt. Das war vielfach mit großen Kosten verbunden. Die Exportziffern überstiegen von 1923 an die Vorkriegszahlen, was eine Vergrößerung der Ladeeinrichtungen und Lagerräume verlangte. Der Hafenauschuss hat in den Jahren 1923 bis 1926 daher eine Reihe neuer Land- und Wasserplätze geschaffen, was es dem Danziger Hafen ermöglichte, im Jahre 1927 der größte Holzexporthafen der Welt zu werden. Ein zweiter Beweis für die Anpassung der Hafeneinrichtungen an die Bedürfnisse des polnischen Wirtschaftslebens ist die Frage des Kohlenexports. ... Der Hafenauschuss ging unter großem Kostenaufwand dazu über, die Verladung zu mechanisieren. Die bedeutendsten Teile des Hafens wurden mit einer großen Menge von Kränen versehen. Außerdem wurde ein besonderes Bassin bei Weichselmünde gebaut, dessen Kohleladeeinrichtungen das letzte Wort der Technik sind. Ebenso stellte sich die Frage der Einrichtungen für den Rohstoffimport der Häuttenindustrie und der chemischen Industrie, für den Stückgutverkehr usw. Heute steht der Danziger Hafen in dieser Beziehung in der Reihe der am besten ausgebauten Häfen Europas.“

Ebenso wie die Lage von der technischen Rückständigkeit des Danziger Hafens wird von Benzinger in dem erwähnten Artikel die andere Lage von den wirtschaftlichen, sprachlichen und persönlichen Schwierigkeiten, die dem polnischen Kaufmann in Danzig angeblich bereitet werden, richtig gestellt: „Der Hafenauschuss habe, so führt Benzinger aus, niemals geahnt, im Rahmen des Möglichen und nach Maßgabe der Bedürfnisse des polnischen Exporteurs die Hafengebühren zu senken. Die Abgaben seien von 1,20 Mark je Tonne im Jahre 1924 auf 0,50 Mark herabgesetzt worden. Und dem Beispiel des Hafenauschusses seien auch die privaten Danziger Firmen gefolgt: so seien z. B. die Verladungskosten für Holz von 16 Schilling im Jahre 1924 auf 7 Schilling (in Gold) im Jahre 1933 gesunken. „Wie stellen also“, sagt Benzinger, „auf diesem Gebiete eine für den polnischen Interessenten günstige Entwicklung der Verhältnisse fest. In sprachlicher Hinsicht“, heißt es dann weiter, „werden der Zusammenarbeit des polnischen Interessenten mit dem Hafenauschuss keinerlei Schwierigkeiten gemacht.“ Denn der Hafenauschuss beschäftige eine ganze Reihe polnischer Beamter; man könne mit ihnen ebenso gut deutsch wie französisch oder polnisch korrespondieren. Außerdem gebe der Hafenauschuss zur Orientierung der Interessenten alljährlich eine Broschüre mit Informationen und fortlaufend Berichte über die ein- und auslaufenden Schiffe in polnischer Sprache heraus. Schließlich besitze der Hafenauschuss zur Erleichterung des unmittelbaren Verkehrs mit den polnischen Interessenten auch noch eine ständige Vertretung in Warschau.

Hoffentlich werden nunmehr der polnischen Öffentlichkeit die Augen für die Wahrheit über den Danziger Hafen geöffnet. Uebrigens ist auch Danzig nach dem Abschluß des Hafenabkommens vom 18. September d. J. berechtigt, von der polnischen Regierung zu verlangen, daß diese sich für eine wahrheitsgemäße Unterrichtung der polnischen Öffentlichkeit und vor allen der am Außenhandel interessierten polnischen Wirtschaft über den wirklichen Zustand und die tatsächliche Leistungsfähigkeit des Danziger Hafens einsetzt.

... und Danzig ist doch eine freie Stadt!

Das Warschauer „ABC“-Blatt bringt eine Artikelreihe aus der Feder eines seiner Mitarbeiter, der eine Wanderung durch das Warschauer Ghetto unternommen hat, um die „Geheimnisse“ der wie ostasiatische Basare anmutenden Höfe und Hausfluren des Kalenski-Kewiers zu beleuchten. Er schildert u. a. folgende, übrigens ganz typische Szene aus einem Galanteriewarengeschäft, das offiziell „deutsche Waren nicht

besteht", nicht offiziell aber sich die Vorteile des Handelns mit deutschen Waren nicht entgehen läßt. Zwischen dem Verfasser der Plauderei und einem Großhändler in Knudpen und Galanteriewaren wickelt sich folgendes Gespräch ab:

— Warum geben Sie mir ausländische Waren? Wir haben doch inländische Erzeugnisse in genügender Menge!

„Gewiß, das ist nicht zu leugnen; aber passen Sie mal auf, Herrleben: für unsere inländische Ware muß ich sofort zahlen, wenn ich sie nehme, sei es mit einem Wechsel, sei es mit einem Teil von Bargeld, doch für diese Ware habe ich noch nichts bezahlt. Diese drüben, die ausländischen Fabrikanten, schicken die Waren und bitten nicht einmal um Zahlung, sondern geben jede Quantität in Kommis, und fertig ist die Sache.“

„Gut; einverstanden, daß das bequem ist, weil Sie erst nach Verkauf der Ware zahlen. Aber wenn Sie im Laufe kaufen, zahlen Sie beim Kauf doch auch nicht bar, sondern mit einem Wechsel mit drei- bis viermonatiger Laufzeit, in dieser Zeit kann man die Ware doch schon los werden.“

„Na, da muß ich Ihnen schon sagen, daß der ausländische Fabrikant mir noch einen halbjährigen Kredit nach dem Verkauf der Ware gibt; ich kann während der sechs Monate mit seinem Gelde handeln. Und Sie wundern sich da, daß ich es vorziehe, ein ausländisches Fabrikat zu verkaufen?“

— Und woher stammt diese Ware?“

— Weiß ich es? Ich habe sie aus Danzig bezogen, und wo sie erzeugt wird, ist nicht meine Sache, es zu wissen!“

Der polnische Mitarbeiter betrachtet die Verpackung, liest die Aufschrift: „Made in Germany“ und läßt sich vernehmen:

— Das ist doch eine deutsche Ware! Wir stehen im Volkstempel in Deutschland! Ihr Juden hochtolliert doch das Deutschland Hitlers und übrigens ist an jedem von euren Geschäften eine Tafel angebracht mit der Aufschrift: Wir beziehen keine deutschen Waren!“

Darauf entgegnet der Kaufmann von Kaleski:

— Sie verstehen, wie ich sehe, etwas von dieser englischen Aufschrift, ich dagegen brauche nicht zu verstehen, was in einer fremden Sprache geschrieben ist. Mein Gewissen ist in Ordnung, denn ich habe die Ware aus Danzig bezogen und Danzig ist doch eine freie Stadt!

Der Monat der deutsch-polnischen Probleme

Wir berichteten bereits im vorigen Hefte von der neuesten Veranstaltung, die der polnische Westmarkenverein unter dem Schlagwort „Monat der deutsch-polnischen Probleme“ im Monat November durch Polen hindurch hat laufen lassen. Diesmal stand Ostpreußen im Mittelpunkt der unzähligen Vorträge, deren Zweck angeblich „die Erweckung der Kenntnis und des Interesses der gesamten Öffentlichkeit für die aktuellen polnisch-deutschen Fragen“ ist. „Der Westmarkenverein will“, so heißt es in einem der Aufrufe, „daß die Fragen unserer Grenzgebiete sich einen ständigen Platz in den Gedanken der breitesten Massen erobern.“

Wir geben nachstehend einige Kostproben von den geistigen Genüssen, die diesen „breitesten Massen“ geboten wurden. Sie beweisen erneut die Absicht schärfster Berührung der polnischen Bevölkerung gegen alles, was deutsch ist. In Thorn hielt ein Herr Krupka einen Vortrag über das Thema „Ostpreußen und Polen“ und stellte nach dem Bericht einer Thorer Zeitung „im Lichte der historischen Tatsachen die Schicksale Ostpreußens und seiner Bewohner dar, wobei er besonders betonte, daß Ostpreußen eine deutsche Kolonie auf polnischem und litauischem Gebiete sei und daß die dort wohnende Bevölkerung trotz aller Germanisierungsmethoden zum größten Teil polnisch geblieben sei. Die ostpreussische Frage muß sobald als möglich gelöst werden. Dafür sprechen geographische und wirtschaftliche Bedingungen.“

Abfurd sind die Ansprüche Deutschlands auf Pommerellen. Pommerellen ist ein unpolnisches Land und wird fast ausschließlich von Polen bewohnt. Eine pommerellische Frage gibt es für uns nicht, um Deutschland die Möglichkeit zu geben, mit seiner Kolonie zu verkehren, geben wir Pommerellen nicht her, ohne daß Polen vom Meere abgeschnitten und dem Untergang geweiht wäre. Sollte Deutschland seine Hände nach Pommerellen ausstrecken, so wird es die nötige Abfuhr erhalten. Nur eine Antwort haben wir auf die deutschen Ansprüche: komm und versuche es zu nehmen — so beendele der Vortragende seine Ausführungen.

Nach der Rede eines Herrn Szlach, der die Verfolgung der Polen in Deutschland behandelte, fahnen die Versammlung einmütig eine Resolution, die zur rückichtslosen Beseitigung aller deutschen Ueberreste in Pommerellen und zur rückichtslosen Ausrottung der deutschen Sprache auffordert und verlangt, daß in keinem Falle bei den Behörden den Interessenten der Gebrauch der deutschen Sprache gestattet würde und daß sie auch im gewöhnlichen Leben dieselbe nicht benutzten.“

In Kattowitz verbreitete sich der Vorfall des Westmarkenvereins für die Wojewodschaft Schlesien darüber, wie er sich die „Lösung“ der Korridorfrage denkt und erklärte, daß die gesamte Generation die Aufgabe habe, die Fehler der Vergangenheit wieder gutzumachen. Die Fehler der Vergangenheit bestünden darin, daß sie es nicht verstanden habe, das gesamte Polen zu verteidigen, zweitens, daß sie auf Ostpreußen verzichtet habe, und drittens, daß sie nicht imstande gewesen sei, Danzig zu unterwerfen. Der erste Fehler sei zum Teil bereits wieder gutgemacht. Die Gutmachung der anderen Fehler würde gleichfalls erfolgen. Auf welcher Weise das erfolgen werde, darüber solle man sich nicht den Kopf zerbrechen, auch darüber nicht, ob Ostpreußen entmilitarisiert oder abgeschnitten wird oder sonst etwas anderes geschieht. Für Polen gebe es nur eine Aufgabe, die erwähnten Fehler der Vorfahren“ sobald wie möglich wieder gutzumachen, ehe die „Hägel der Kräfte“ (gemeint ist der deutsche Adler) sich wieder öffneten.

So geschehen in einer Zeit, da die deutsche Regierung unter der Führung des Volkstanzlers mit größtem Ernste um das Zustandekommen einer deutsch-polnischen Verständigung bemüht ist.

Ausschaltung der deutschen Kassenärzte in Pommerellen

Ganz kurzfristig und größtenteils buchstäblich von heute auf morgen haben von den 35 deutschen Ärzten, die im Korridor noch eine Krankenkassenpraxis ausübten, 14 ein Schreiben erhalten, wonach sie vom 5. November ab ihre Kassenpraxis einzustellen hätten. Diese Entlassungen werden begründet mit einem neuen Verträge zwischen den Kassen und dem Ärzteverband, dessen Abschluß von einer Streikung von 15 Prozent der bisherigen Ärzte abhängig gemacht wurde.

Der Zweck dieser Bedingung ist zunächst schwer einzusehen. Denn die Kassen gewinnen dabei keinen roten Pfennig, wohl aber beschränken sie die freie Arztwahl. Erst wenn man sich die Durchführung dieser Bestimmung etwas näher ansieht, dann kommt man hinter die eigentliche Absicht. Und die besteht leider wieder einmal darin, der deutschen Minderheit einen neuen Schlag zu versetzen. Diesmal sind es die deutschen Ärzte, denen man das Leben schwer machen will. Die Bromberger „Deutsche Rundschau“ schreibt dazu: „Von den hoch gerechnet 300 Kassenärzten in Pommerellen bekennen sich 35 zum polnischen und nur 35 zum deutschen Volkstum. Von diesen 35 deutschen Ärzten sind 14 abgebaut. Das sind nicht 15, sondern 40 Prozent! Wieviel polnischen Ärzten die Kassenpraxis genommen wurde, ist uns für den ganzen pommerellischen Bezirk nicht bekannt. In Bromberg hat man von 44 polnischen Kassenärzten nur zwei alte Herren entlassen, die nicht mehr viel leisten konnten. Das sind 4,5 Prozent! Dagegen wurde von den 10 deutschen Kassenärzten genau die Hälfte reduziert. Das sind 50 Prozent! Darunter befindet sich der einzige deutsche Chirurg, den man früher schon von seiner leitenden Stellung im Diakonissenhaus verdrängt hatte; darunter befindet sich der einzige deutsche Facharzt für Augenkranken, der schon zu preussischer Zeit unentgeltlich in einer polnischen Stiftung (dem St. Florianstift) die kranken Augen seiner polnischen Mitbürger behandelt hatte. Darunter sehen wir die Namen der auch bei der polnischen Bevölkerung beliebtesten Kassenärzte. Wenn es um Leben und Gesundheit geht, dann hört der Streit der Nationen auf...“

Im Stadt- und Landkreis Thorn wurden sämtliche deutschen Kassenärzte entlassen. Nicht 15, sondern 100 Prozent! Darunter die beiden Ärzte am Diakonissenhaus. Nebenbei bemerkt: das Haus steht leer, weil die Krankenkasse bereits seit Jahren keine Kranken mehr überweist.

Die Tragödie des deutschen Johanniter-Krankenhauses in Landeburg ist bekannt. Zuerst blieb die Kasse mit ihren Zahlungen im Rückstand. Dann wurde das Haus besetzt; danach entließ man Herrn Dr. Krebs, den langjährigen Arzt. Jetzt hat man ihm auch die Kassenpraxis genommen. Die beiden polnischen Kollegen am Ort haben sie behalten. Und

dabei gibt es im Kreise Jempeburg nach der polnischen Volkszählung noch immer 40 Prozent Deutsche!"

Dass man in Polen — noch dazu im Zeichen der deutsch-polnischen Verständigung — die Liquidationspolitik auch auf das Gebiet der Krankenheilung und der Nächstenliebe ausdehnt, ist das am meisten Bedauerliche an diesem Vorgange.

Der Zusammenschluß des Auslandspolentums

Zu der 5. Tagung der Auslandspolen in Warschau, die vom Organisationsrat der Polen im Ausland veranstaltet wurde, waren Vertreter aller politischen Behörden, zahlreiche Abgeordnete, Senatoren sowie Vertreter der politischen Minderheitenorganisationen aus Deutschland, Frankreich, der Tschechoslowakei, Lettland, Rumänien und Oesterreich zugegen.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden des Organisationsrates, des Senatsmarschalls Kaczkowicz, begrüßte Departementsdirektor Dymiec namens des Außenministers die Erschienenen, insbesondere die Vertreter der ausenpolnischen Siedlungen. Er betonte, daß die Konsolidierung des Auslandspolentums als fast vollzogen anzusprechen sei, und daß die Zukunft der gesamten Aktion davon abhängen werde, in welcher Weise man die junge Generation der polnischen Minderheit im Auslande zu ihren Aufgaben vorbereiten werde.

Der Vertreter der Polen aus Deutschland, Dr. Macjarek, versicherte, daß es unter seinen Volksgenossen keine parteiliche Kerspaltung der Kräfte gebe, und daß das Bewußtsein der nationalen Würde und des nationalen Stolzes stetig an Kraft gewinne. Die Vertreter der Polen in der Tschechoslowakei gaben ebenfalls Beispiele der fortschreitenden einheitlichen Zusammenfassung der einzelnen Organisationen zu einer Einheitsfront.

Die Arbeiten des Organisationsrates der Auslandspolen sind in einem hundert Seiten starken Bericht zusammengefaßt und geben ein Bild seiner verzweigten Tätigkeit. Besonders wird darin auf die Erziehung der Jugend Bezug genommen. Für den Schulfonds, der Mittel für die Schulung auslandspolnischer Jugend enthält, sind im vergangenen Jahre 36 Millionen Hlotz angefordert worden. Gegenwärtig sind die Bemühungen des Organisationsrates darauf gerichtet, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Auslandspolentum und Mutterland herbeizuführen. Für die nächste Zukunft ist eine zahlenmäßige Erfassung des Auslandspolentums geplant. Die Schaffung des Weltverbandes der Auslandspolen bleibt für die nächsten Monate das Hauptziel der Bestrebungen.

Die in Lodz erscheinende deutsche Zeitung „Freie Presse“ bemerkt zu dieser Veranstaltung: „Das Recht auf Pflege der vollständigen Eigenart und das Festhalten am Erbe der Väter wird vom göttlichen Gebot hergeleitet und als eine Verpflichtung gegen Gott hingestellt. Das wesentlichste Merkmal ist die Einheit zwischen Glaube und Volkstum. Diese innere Geschlossenheit wird nicht etwa durch die stete Frage gelodert, ob denn auch die Forderungen des Lokalitätsbegriffs erfüllt sind; es charakterisiert vielmehr die Einstellung des Auslandspolentums, wenn ihm diese Problematik, die von manchen Deutschen im Auslande bis zur Unkenntlichkeit betrieben wird, vollkommen fremd ist. — Für den Auslandspolen gibt es vor allem Gewissheiten und nicht Probleme, das Festhalten am Erbe ist ihm nicht etwas, was täglich einer Erörterung unterliegt und dauernd auf seine Berechtigung untersucht werden muß.“

Die Wahrheit über die polnische Agrarreform

Das amtliche Polen bestrittet aus begreiflichen Gründen unentwegt, daß sein Agrarreformgesetz minderheitenfeindlichen Charakter habe. Es hat zur Entkräftung der deutschen Beschwerden über die weit vorwiegende Enteignung deutschen Grundbesitzes den von vornherein aussichtslosen Nachweis zu erbringen versucht, daß nicht einmal die praktische Durchführung des Gesetzes eine Spitze gegen die Minderheiten gehabt habe.

In der polnischen Bevölkerung weiß man anders. Dort hat man sehr gut den Sinn des ganzen Gesetzes als eine der wirksamsten Waffen zur Ausrottung des Deutschtums verstanden. Das beweisen mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit die Beschlüsse, die auf einem „Kongress der wirtschaftlichen und sozialen Politiker“ in Polen vor kurzem gefaßt wurden. Darin heißt es u. a.:

„Die augenblickliche Lage des Landes fordert die Hinlenkung der Aufmerksamkeit des gesamten Volkes auf die Frage der Entdeutschung der Westgebiete. Die Regierung des Marschalls Pilsudski hat in der Erkenntnis der Wichtigkeit dieses Problems beschloffen, das Siederelement zu kräftigen und hat im laufenden Jahre eine ganze Reihe von Gesetzen erlassen, die die Klassen, die die Siedler auf sich genommen haben, auf Kosten des Staatsschatzes in Höhe von etwa 36 000 000 Hlotz vermindern. Diese Gesetze erfordern noch eine gewisse Ergänzung und kleine Verbesserungen.“ Nach der Auszahlung einer Reihe von solchen Verbesserungsvorschlägen wird dann zum Schlusse erklärt:

„Anfolge des Druckes der Deutschen auf die Grenzen der Republik liegt die möglichst schnelle Entdeutschung der Westgebiete im Interesse des Staates. Der Wirtschaftskongress ist der Ansicht, daß der gesamte Umfangfonds der Agrarreform zu diesem Zwecke verwandt werden muß und besonders diejenigen Mittel, die in den Umfangfonds der Westgebiete liegen.“

Deutscher konnte das eigentliche Wesen der polnischen Agrarreform wirklich nicht gut gekennzeichnet werden.

Das polnische Buch im Auslande

Im November wurde in Warschau eine Ausstellung des polnischen Buches im Auslande eröffnet. Sie zeigt die polnischen Werke auf dem Gebiete der Literatur, Kunst und Musik, die in fremden Sprachen herausgegeben worden sind und enthält auch eine Uebersicht über die Zahl der Uebersetzungen, die in den einzelnen Ländern erschienen.

An der Spitze steht hier Rußland mit 44 Uebersetzungen, dicht dahinter die Tschechoslowakei mit 39. Dann folgen schon Frankreich mit 281 und an vierter Stelle Deutschland mit 256 Stück. Im übrigen sind vertreten

Italien	mit 189	Estland	mit 19
Jugoslawien	80	Holland	16
Bulgarien	79	Rumänien	14
England	63	Dänemark	12
Schweden	61	Litauen	12
Ungarn	58	Norwegen	11
U.S.A.	54	Belgien	8
Oesterreich	42	Japan	6
Spanien	29	Palästina	6
Schweiz	27	Griechenland	3
Esperanto	27	Brasilien	1
Finnland	24	Chile	1
Ukraine	23	China	1
Lettland	20	Türkei	1

Auf jeden Weihnachtstisch

gehören L&W-Zigarren!



In schönen
Geschenkfischen
zu 10, 25 u. 50 St.
in allen
Preislagern!



10
PF.

Delgado unsort., sehr beliebt,
überaus preiswert

Loeser & Wolff

Also — — auch die
Weihnachtzigarre
von

Anordnungen (I) und Bekanntmachungen (II)

Bund Deutscher Osten
Abteilung Ost- und Westpreußen
Leitung

Berlin W 30, 18. Dezember 1933
No. 22

I

1. Seit dem 4. Dezember findet in Berlin, Rothringler Straße 1 (am Hort-Weißel-Platz), in dem gewaltigen, siebenstöckigen Gebäude eines ehemaligen Kaufhauses die große Ostausstellung des B. D. O. „Der Osten — das deutsche Schicksalsland“ statt.

Zum erstenmal ist hier eine Ausstellung aufgebaut worden, die den gesamten Osten von Tilsit bis Passau umfaßt und sich auch auf das Vorland von Kovel über Posen nach Prag erstreckt. Zum erstenmal wird der Osten hier in einer großen Schau seiner Geschichte und Gegenwart als Einheit erfasst. Mit der Methode, einzelne der Ostprovinzen mit ihren Sorgen und ihrem Wollen in den Vordergrund zu stellen, ist hier bewußt gebrochen worden. Vielmehr ist die Auffassung maßgebend gewesen, daß von der bayerischen Ostmark nicht geschwiegen werden darf, wenn vom preussischen Osten die Rede ist, daß das, was in Schlesien geschieht, mitbestimmend ist für die Dinge im ostpreussischen Norden, daß, wie im Reich als Gesamtheit, so auch im Osten dem Particularismus ein Ende bereitet werden muß. Der Bund Deutscher Osten hat es sich für seine gesamte Arbeit und so auch in dieser Ausstellung zur Aufgabe gesetzt, nicht nur West und Ost, sondern auch Nord und Süd einander näher zu bringen.

Die Ausstellung gliedert sich in vier Hauptgruppen:

Der ostdeutsche Mensch,

Die ostdeutsche Landschaft,

Werden und Wachen des ostdeutschen Raumes,

Der Osten und unsere Zeit.

Sie dauert noch bis zum 10. Januar, liegt nur 3 Minuten vom H-Bahnhof Schönhauser Tor entfernt und ist täglich von 10 bis 20 Uhr geöffnet. Eintrittspreis nur 20 Rpf., bei Besichtigungen in größerer Zahl sogar nur 10 Rpf. Daher empfiehlt es sich, in geschlossenen Gruppen die Ausstellung zu besuchen und sich führen zu lassen. In diesem Falle vorherige Anmeldung: Fernruf D 2 Weidenbaum 9730/31.

Auswärtige Mitglieder benutzen am besten die zum Besuch der Ausstellung eisenbahnseitig besonders vorgezeichneten Verwaltungszüge. Auskunft darüber erteilen die Eisenbahnschalter. Für Mitglieder des B. D. O. am Ort ist der Besuch der Ausstellung selbstverständliche Pflicht!

2. Um die Arbeitslosigkeit nicht zu vermindern, erscheint unsere Verbandszeitschrift noch bis zum 31. März.

3. Ehrennadeln und Ehrenurkunden werden für alle verdiente Mitglieder noch auf dem bekannten Wege verliehen.

4. Alte Vereinsabzeichen sind nicht mehr auszugeben. Die Abzeichen des B. D. O. dürfen erst verabsolgt werden, wenn die Mitgliedskarte vorliegt. Zu dem Zweck: Anforderung von Antragsformblättern in dreifacher Zahl bei dem Landesführer; von den drei Ausfertigungen eine zurückbehalten, zwei an Landesführer senden; Ausfertigung der Mitgliedsarten ausschließlich hier in Berlin und von hier Zusendung der Karten an die Ortsgruppen über die Landesgruppen. Bei den Ortsgruppen dann auf Grund der Mitgliedskarte Ausgabe des Bundesabzeichens (50 Rpf.).

5. Man sagt, durch die Eingliederung in den B. D. O. würden die Sterbefassen gefährdet. Im Gegenteil: es wird beabsichtigt, eine allgemeine Sterbefasse für alle Mitglieder des B. D. O. auf gesetzlicher Grundlage einzuführen und die Mitglieder unserer schon vorhandenen Sterbefassen dabei besonders zu berücksichtigen. Damit würde doch unseren Sterbefassen die Sorge für ihre Zukunft, die sie jetzt alle bedrückt, genommen werden. Bis zu dieser allgemeinen Regelung bleiben die schon vorhandenen Sterbefassen pp. unangefastet. Keine Sterbefasse hat das Recht, Landesleuten gegenüber, die in den Streit zwischen dem B. D. O. und dem Ostpreußenbund Berlin nebst Anhang hineingezogen sind, sich ihrer Verpflichtungen zu entziehen, wenn die Beiträge zur Kasse gezahlt werden.

6. Unter Hinweis auf die Mitteilungen unter II. erwarte ich von jedem wahrhaft Heimattreuen, daß er treu zum B. D. O. hält. In diesem Sinne allen Heimattreuen fröhliche Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

II

In dem Streite des B. D. O. mit dem Ostpreußenbund Berlin nebst Anhang habe ich bis jetzt geschwiegen, weil es sich um eine Organisationsfrage handelt, für die ich nicht zuständig bin. Da aber jetzt mit dem Gedanken der Wiederherstellung des alten Reichsverbandes gespielt wird, muß auch ich das Wort ergreifen, indem ich die Tatsachen, welche die Eingliederung des RB. in den B. D. O. betreffen, zeitlich geordnet zusammenstelle und daran meine Betrachtungen anschließe.

1. Tatsachen, die die Eingliederung des RB. in den B. D. O. betreffen:

5. Juli: Einstimmiger Beschluß erweiterten Hauptvorstandes des Reichsverbandes der heimattreuen Ost- und Westpreußen unter Leitung des alten Vorsitzenden, Landsm. Hoffmann:

Der Reichsverband tritt dem Bund Deutscher Osten bei und nimmt sofort die neue Bezeichnung an.

6. Juli: Gelegentlich Rundgebung fürs Remelland in „Neuer Welt“, Berlin, im Auftrage des alten RB.-Vorsitzenden, Landsm. Hoffmann, feierliche Verkündung Anschlusses des Reichsverbandes an den B. D. O. Meldung der Eingliederung an den anwesenden Oberpräsident Rube als den Schirmherrn des B. D. O. durch den Bundesführer; in besonderem Räume: Begrüßung der Vertreter des Bundes heimattreuer Ostpreußen Berlin, darunter die Vorsitzenden sämtlicher Bezirksgruppen, durch den Führer des B. D. O., Dr. Franz Lüdte; sie bekunden diesem ihre Ergebenheit und Treue durch Wort und Handschlag!

In Julinummer Verbandszeitschrift berichtet Landsm. Stoll über diese feierliche Eingliederung des RB. in den B. D. O. ausführlich (S. 1), und der Bund heimattreuer Ostpreußen e. B. Berlin gibt amtlich seinen Beitritt zum B. D. O. bekannt (S. 14).

5. August beschließt a.o. Vertreterversammlung des RB., unter Leitung alten Vorsitzenden, Landsm. Hoffmann, einstimmig sähungsgemäß: die Auflösung des RB. und die Eingliederung seiner Verbände und Vereine in den B. D. O.; ausführlicher Bericht im Augustheft Verbandszeitschrift (S. 3).

21. August: Schreiben des Landsm. Hoffmann an den Herrn Reichspräsidenten: Meldung über Auflösung RB. und seine Eingliederung in B. D. O. (vgl. Sept. Nr. der Verbandszeitschrift S. 2).

25. August: auf Einladung Führers der Landesgruppe Berlin, Dr. Thiele: Versammlung der Vorsitzenden aller landsmännischen Ortsgruppen Groß-Berlins; sämtliche Bezirksvorsitzenden des Ostpreußenbundes Berlin nehmen teil!

29. September: a.o. Vertreterversammlung des Bundes heimattreuer Ostpreußen e. B. Berlin zwecks Auflösung gemäß RB.-Beschlusses vom 5. 8.

Gleich zu Anfang bittet ein Vertreter Reichsbundes X. über seinen Bund Ausführungen machen zu dürfen; Genehmigung; schon vor (!) Beginn der Ausführungen Antrag aus Versammlung: Punkt 7 der Tagesordnung „Auflösung des Bundes“ an 1. Stelle zu setzen, „weil nach den Ausführungen sich vielleicht die Erörterung der übrigen Punkte erübrige“ (woher wußte man das?).

Meinheitsbeschl.ß: Nichtauflösung Bundes, grundsätzlicher Beitritt zum Reichsbund X. vorsorgliche Kündigung Mitgliedschaft beim B. D. O. zum 1. 1. 1934. Einsetzung dreistöpfigen Ausschusses zur Besprechung am nächsten Morgen 8 Uhr in Reichsgeschäftsstelle Reichsbundes X.

30. September: Diese Besprechung: Beitritt des Ostpreußenbundes zum Reichsbund X!

Wie erklärt sich das, was war dem 29. September vorausgegangen?

Bald nach 5. August: Verhandlungen des Landsm. Hoffmann mit dem Reichsbund X.

Mehrere Wochen vor 29. September Verhandlungen des Landsm. Hoffmann mit andern landsmännischen Ostverbänden wegen Austritts aus B. D. O. und Uebertritts zum Reichsbund X.

28. September: Aufforderung Reichsbundes X an alle landsmännischen Ostverbände, insbesondere an sämtliche Lan-

des- und Provinzialverbände unseres aufgelösten Reichsverbandes (woher all die Anschriften?), sah ihm, als der allein zuständigen Organisation, anzuschließen.

29. September: Nachmittags — also unmittelbar vor Vertreterversammlung Ostpreußenbundes — Besprechung zwischen Mitgliedern Ostpreußenbundes über Lage (Schreiben des Reichsbundes X und Kriegspläne für Abenddünung (!) Was geschah unmittelbar danach dem 29. September?

Noch am 29. September: Absendung Kündigung des Ostpreußenbundes an B.D.O., mitunterschieden von den Landesleuten Hoffmann und Schiforr (beide sind Liquidatoren des Reichsverbandes, und als solche persönlich und gesetzlich verantwortlich für die Durchführung seines Beschlusses vom 5. August: Auflösung und Eingliederung in den B.D.O.).

Telegramm Landsm. Hoffmanns an Landsm. Böhmke, Botsch. des Hauptverbandes Rheinland-Westfalen, Ferngespräche mit anderen Vorstandsmitgliedern, Zweck: unter Hinweis auf Nichtauflösung Ostpreußenbundes die Tagung des Hauptverbandes am 1. Oktober in Dortmund zu veranlassen, sich gleichfalls nicht aufzulösen, sondern sich Reichsbund X anzuschließen. Versuch misslungen; Hauptverband beschloß fast einstimmig, dem Beschluß des Reichsverbandes vom 5. August Folge zu leisten, d. h. seine Auflösung!

5. Oktober: Schreiben des B.D.O. Landesgruppe Berlin an alle Gruppen des Ostpreußenbundes Berlin: Richtigklärung der seitens Ostpreußenbundes ausgesprochenen Kündigung als unzulässig, Kennzeichnung der Beschlüsse des Ostpreußenbundes vom 29. September als dem Beschluß des Reichsverbandes vom 5. August zuwiderlaufend und damit als Sabotierung der Eingliederung in den B.D.O., Aufforderung, bis 7. Oktober mittags zu erklären, ob Gruppen den Sabotageakt des Bundes mitmachen wollen.

6. Oktober: Vortprechen des vermittelnden Rechtsanwalts Dr. Triebel, Berlin, beim B.D.O. mit Erklärung, die Bezirksgruppen wollten keine Sabotage, jedoch Fristverlängerung, bis Entscheidung höheren Orts gefallen. B.D.O. (Hauptorganisationsleiter) damit einverstanden.

11. Oktober: Rundschreiben des Ostpreußenbundes an die Bezirksgruppen: Gemäß Abkommen zwischen B.D.O. und Reichsbund X hätten die Gruppen sich geschlossen dem Reichsbund anzuschließen. Mitwirkung im B.D.O. nur von Fall zu Fall! (= Verweigerung einer Abmahnung vom 2. Oktober, die vom Führer des B.D.O. schon am 5. Oktober ausgefertigt worden war, in ihr gerades Gegenteil!).

13. Oktober: Berichtigende Mitteilung des Führers des B.D.O. an den Ostpreußenbund, desgleichen des Hauptorganisationsleiters an die Gruppen unter wörtlicher Wiedergabe des durch den Ostpreußenbund ganz falsch ausgelegten Abkommens.

27. Oktober: Neues Rundschreiben Ostpreußenbundes: nach maßgebender Entscheidung gehörten die landsmannschaftlichen Verbände nicht in den B.D.O.

2. November: Brieftelegramm des Landsm. Hoffmann u. a. auch an alle Bezirksgruppen des Ostpreußenbundes:

Die deutschen landsmannschaftlichen Verbände und Vereine gehörten nach maßgebender Entscheidung weder in den B.D.O. noch in den Reichsbund X. Nähere Mitteilungen wären in Ruhe abzuwarten.

3. November: Rundschreiben der Landesleute Hoffmann, Schiforr, Still an alle Vorsitzenden der früheren Landes- oder Provinzialverbände und größeren Vereine mit Anfrage, ob sie dafür wären, den alten Reichsverband wieder ins Leben zu rufen, bejahendenfalls sollte eine Vertreterversammlung in Berlin am 21. November stattfinden. Zuvor sollte am 14. November der am 1. Oktober aufgelöste Hauptverband Rheinland-Westfalen auf einer Vertreterversammlung in Hagen wieder hergestellt werden.

6. November: Rundschreiben des B.D.O. an alle Sondergruppen: Sämtliche Ostverbände haben sich dem B.D.O. einzufügen. Kein Bund besitzt das Recht, die dem B.D.O. angeschlossenen Verbände durch irgendwelche Hinweise auf angebliche Entscheidungen absondlich zu machen. Dies auf Grund amtlicher Bevollmächtigung durch maßgebende Stelle!

10. November: Neues Rundschreiben des Ostpreußenbundes (Hoffmann, Schiforr, Still): Die Bundesvereine wie alle andern landsmannschaftlichen Vereine unterstanden einer Stelle, die zwar bereits besteht, aber noch nicht genannt werden dürfe, davon hätte der B.D.O. augenscheinlich noch keine Kenntnis (!).

Am 14. November Vertreterversammlung

in Hagen, zu der erst Landsm. Hoffmann fahren sollte, dann aber Landsm. Schiforr und Rechtsanwalt Dr. Triebel, Berlin, gefahren waren, auf Grund telegraphischer Anordnung des Stellvertreters des Führers, Rudolf Heß, verbieten!

Jetzt stehen wir in der Erwartung der endgültigen Entscheidung des Stellvertreters des Führers, die in der nächsten Zeit erfolgen wird. Bis dahin heißt es Parteizuchtlin zu halten!

2. Anschließende Betrachtungen.

Die Zusammenstellung unter 1. zeigt eindeutig, wer die Unruhe, Unklarheit, Unsicherheit und Unordnung in die Kreise der heimatreuen Ost- und Westpreußen im ganzen Reich hineingetragen und der ausbauenden Arbeit des B.D.O. mit allen Mitteln und ohne Rücksicht auf feierliche Erklärungen, Freigegebenheiten und sonstige Bindungen entgegengegriffen hat. Warum?

Man sagt, der B.D.O. sei ein Kampfbund, während die Verbände der heimatreuen Ost- und Westpreußen nur kulturelle Ziele verfolgten: Pflege der Sitten und Gebräuche, Trachten und Volkslieder!

Das war früher nicht so: Abstimmungskampf, Kundgebungen wegen Abbruchs Münsterwalder Brücke, Entschleunigungen gegen polnisch-deutschen Handelsvertrag und Liquidationsabkommen u. a. m.!

Die heimatreuen Ost- und Westpreußen sollen und wollen also fortan sozusagen in der Etappe deutsche Kultur pflegen, während die andern Ostmärkte an der Ostfront von Litau bis zur bayerischen Ostmark einzig und tren für den deutschen Ostgedanken und damit auch für eine Besserung des Schicksals von Ost- und Westpreußen eintreten? Sie wollen mithin an der Erreichung unseres alten Zieles im NS. Wiederherstellung unserer alten Heimatprovinzen nicht mehr mitarbeiten?

Man sagt, der Beschluß des NS. auf Auflösung und Eingliederung in den B.D.O. sei nur im Wege einer Ueberrumpelung zustande gekommen und rechtswidrig, weil die Vertreter des Ostpreußenbundes, die an der Vertreterversammlung am 5. August teilnahmen, nicht satzungsgemäß gewählt seien.

Man vergißt dabei, daß Landsm. Hoffmann sich 7. Jt. auch mit Zustimmung des Ostpreußenbundes zum Führer der Ost- und Westpreußen im Reich gemacht hatte und daher nach dem Führerprinzip die Vertreter selbst bestimmen konnte. Und von Ueberrumpelung des NS. am 5. August kann ja wohl auch keine Rede sein, da doch Landsm. Hoffmann bereits im Mai den Beitritt des NS. zum B.D.O. grundsätzlich erklärt hatte, liegt da vielleicht eine Bewusstseinsfrage vor mit der Sitzung des Ostpreußenbundes am 29. September? Da sind die nicht Eingeweihten allerdings durch die Eingeweihten regelrecht überrollt worden.

Man sagt, die Heimatreuen könnten nicht das zahlen, was der B.D.O. verlange. Der B.D.O. beansprucht, solange noch keine gemeinsame Zeitschrift für die ganze Ostfront vorhanden ist, von den Mitgliedern unserer alten Heimatvereine nur 10 Rpf.; je 5 für das Bundesamt und die Landesgruppe, und sobald die wöchentlich erscheinende Zeitschrift geliefert wird (erst ab 1. April 1934), nur 20 Rpf. mehr, also zusammen 30 Rpf. monatlich. Demgegenüber fallen dann die bisherigen Beiträge für unsere jetzige Zeitschrift, die Heimatspende, den NS. und die Landes- und Provinzialverbände weg!

Neu eintretende Mitglieder zahlen von vornherein 50 Rpf., um damit den Anfang zu dem zukünftigen allgemein zahlbaren Beitrag von 50 Rpf. (= 10 für Bund und Landesgruppe + 20 für Zeitschrift + 20 für Ortsgruppe selbst) zu machen. Die Erhebung von besonderen Zusatzbeiträgen, z. B. für Sterbefällen und dergleichen, wäre Sache jeder Gruppe.

Verlangt der B.D.O. also unerschwinglich viel? Doch wohl keinesfalls.

Man sagt, durch die Eingliederung in den B.D.O. würden die Sterbefassen geschrödet. Im Gegenteil; es wird beabsichtigt, eine allgemeine Sterbefasse für alle Mitglieder des B.D.O. auf geselliger Grundlage einzuführen und die Mitglieder unserer schon vorhandenen Sterbefassen dabei besonders zu berücksichtigen. Damit würde doch unseren Sterbefassen die Sorge für ihre Zukunft, die sie jetzt bedrückt, genommen werden.

Man sagt schließlich, daß bei der Eingliederung in den B.D.O. hier und da unjanzit verfahren sei und Vereine, die da glaubten, lebensfähig zu sein, aufgelöst seien. Insbesondere herrsche bei der Landesgruppe Berlin ein etwas rauher Ton.

Es liegt mir fern, einen unpassenden Ton, vermeidbare Härten und unnötige Auslösungen in Schutz zu nehmen. Und ich habe in allen Fällen, die an mich herangetragen wurden, Abhilfe geschafft, soweit sie am Plage war. Und ich werde auch im weiteren auf Antrag eingreifen. Nur müssen sich die Vereine damit abfinden, „Arbeitskreis“ in der Ortsgruppe des B.D.O. statt „selbständige Ortsgruppe“ zu werden, wo das allgemeine Ortsinteresse im Sinne straffer, einheitlicher Arbeit das verlangt.

Wie dem auch sei, der Beschluß des R.V. vom 5. August auf Auflösung und Eingliederung in den B.D.O. war für alle Verbände, die er umfaßte, bindendes Gesetz. Wer dem zuwiderhandelte, verlegte seine Pflicht, ganz besonders dann, wenn er als Liquidator oder sonst durch besondere Bindung für die Durchführung jenes Beschlusses persönlich und gesellig verantwortlich war.

Der Ausbruch des Ostpreußenbundes aus der Ostfront und seine Versuche, die andern

Teile des früheren Reichsverbandes mit sich zu ziehen, sind jedenfalls sachlich und moralisch durch nichts zu rechtfertigen; ein schwarzer Fleck auf dem weißen Schilde, der nicht abgewaschen werden kann.

Nur persönliche Gründe können die Führer der Gegen-B.D.O.-Bewegung geleitet haben; wie erklärt es sich sonst, daß man vom „B.D.O.“ zum „Reichsbund“, von ihm zur „Arbeitsgemeinschaft landsm. Vereine“, dann zu einer „Dienststelle, die zwar schon bestehe, aber noch nicht genannt werden dürfe“, seine Zuflucht nahm? Und wo wird man schließlich landen? Diese Frage muß bei der großen Anpassungsfähigkeit einiger Vorstandsmitglieder des Ostpreußenbundes offen bleiben, solange ihnen Spielraum gelassen wird. Ansonsten wird der Wanderer erst da Ruhe finden, wo seine Führer die bisherige Führung unabhängig vom B.D.O. fortsetzen können.

Und die Ostfrage? Hier müssen sich jetzt die Geister scheiden:

hier Ostarbeit zum Wohle der lieben Heimat,	dort Personenkultus,
hier erster, mühevoller Kampf an der Ostfront,	dort beschauliches Dasein in der Gaipe bei Trachtenfesten u. Volksliederfesten,
hier Volksgemeinschaft aller Ostmärker,	dort abgefordertes Eigenbröckertum,
hier mannhafter Mittkämpfer,	dort unverantwortlich pflichtvergessener Zuschauer.

Ich kenne meine Heimatstrenen seit 1920, wo die Heimat zum Kampfe um ihr Deutschtum rief. Sie ruft jetzt wieder. Ihre Fahne steht im Lager des B.D.O. Wer nicht mit uns geht, wird fahnenflüchtig! Darum:

Die Fahne hoch! Die Reihen fest geschlossen!

Heil Hitler!

F u h z, Abteilungsleiter.

Unterhaltung und Wissen

Ein Weihnachtslied von Theodor Storm

Vom Himmel in die kesseln Klüfte ein milber Stern herniederlacht; vom Tannenwalde steigen Düfte und hauchen durch die Winterlüfte, und ferzengelle wird die Nacht.

Mir ist das Herz so froh erschrocken, das ist die liebe Weihnachtszeit! Ich höre fernher Kirchenglöden mich lieblich heimlich verlocken in märchenstille Herrlichkeit.

Ein frommer Zauber hält mich wieder, anberend, staunend muß ich Rehn: Es sinkt auf meine Augenlider ein goldner Kindertraum hernieder, ich fühl's, ein Wunder ist geschehn.

„Esperanto“ im „Korridor“

Ein Entgegenkommen der Polen.

Wie Jahr, wenn ich inne Heimat reisen tue, muß ich mir de Blauy vollärjern über all die polsche Ramens auf Bahnhöfe innem Korridor. O liebste Kiz ich all gar nich durches zuhne Fenster raus, amend grifflichen die „Konfederalraträjers“ bloß, wenn wir wie ne Day im Kläatche hufen oder wie e Verbrecher, der von einem Rittche ins andere überjehrt wird. Wie ich aberst un der alten Heimat im Großen Berder immer näher komm, kann ich es mer nich verkneisen, dem großen Bahndof, dem ich wegen dem viden Kirchturm un die große Avid firem Dirschauer halten tu, e bische zu bekiden. „Tczew“ steht aber auf ein großes Brett. Ich probier das zu sagen, zerbrech mer aber meist die Jung bei's Bischen. Wie der Zug nu zum Galten kommt, braucht keiner nich „zurück!“ brillen, auch nich auf polsch, denn eijentlich fremplein sich bloß ein Haufen von die schwarze Kerbels mit die viereckige Mißen rum. Wenn ich bedenkt, wie das fricher hier geklibelt hat! Wie im Chmosehufe!

Nu brauch keiner drängeln, hier hat jederer e Viertelmeil Silbogensreichel. Auch e Vorteil vonne polsche Wirtschaft! An die Tichren is allerwejen was Polsch anjeschrieben. Wenn einer nu wirklich hier aussteigen niht, un er habb ganz dringend was zu besorgen — ich mein, wenn einer fleicht mit e Honnuche Nachandel dem Eisenbahnstaub aus e Gurgel spielen wollb —, so könnt einer amend manges Zepäck feraten, weil einer doch nich Polsch gekänt hat. Un wenn einer noch wo anders hin muß, wo einer ganz persönlich dawegen amwesend sein mühd? Ich kiz mie bewaitich eine Tichr nacher andern an, als wenn ich e Kreisworträjel säjen mühd; mit eins, wie der Zug all rausfähert, seh ich an ein Dreischen was anjemalen, was ich verfehen thu; es wird woll „Esperantisch“ sein, nämlich: „O.O.“

G. R.

Schicksal des Ostens — Schicksal des Reiches

Der Bund Deutscher Osten eröffnete am 4. Dezember in sieben Stodwerken eines ehemaligen Warenhauses in der Vothringer Straße zu Berlin, nahe dem Hoch-Bessel-Platz, eine große Ausstellung „Der Osten — das deutsche Schicksalsland.“ Von Tilsit bis Passau, von der Ostsee bis zum Bayrischen Wald, für diesen ganzen Raum und für das ringende Volkstum auch jenseits der Grenzen will diese Ausstellung Verständnis erwecken und die Verbundenheit zwischen Ost und West stärken.

Es ist das Verdienst des B.D.O. und seiner beiden Führer, Dr. Mübke und Dr. Thiele, daß sie mit der Ausstellung, deren Schirmherrschaft der Reichspräsident von Hindenburg übernommen hat, mahnend und werbend zum deutschen Volke sprachen, so erklärte Reichsinnenminister Dr. Brüel in seiner Rede bei der Eröffnung der Ausstellung.

Es handelt sich hier im Gegensatz zu der mit den bescheidensten Mitteln veranstalteten Ausstellung „Ostpreußen — was es leidet, was es leistet“, die im Anfang dieses Jahres der frühere Reichsverband der heimattreuen Ost- und Westpreußen gezeigt hat, nicht nur um Ostpreußen, auch nicht nur einzelne Gebiete des Westens und der Bedeutung dieser

Provinz, sondern diese Ausstellung will einen Querschnitt geben durch die Jahrtausende, die über diesen ganzen deutschen Ostraum dahingegangen sind. Der ostdeutsche Mensch, die ostdeutsche Landschaft, das Werden und Wachsen des ostdeutschen Raumes, seine Geschichte, seine Kultur, seine Geistesgrößen, Sitten und Gebräuche. Sie ist geboren aus dem Willen des Nationalsozialismus zur Totalität an allen Lebensgebieten.

Die Eröffnung der Ausstellung gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung. Nach einer Begrüßungsansprache durch den Bundesführer Dr. Lüdke nahm der Reichsminister des Innern Dr. Frick das Wort zu einer Rede, in der er u. a. ausführte:

„Stärker als je zuvor hat der Osten das deutsche Volk in seinen Bann geschlagen. Es liebt die weiträumige Landschaft des Ostens mit seinen Seen und Wäldern, mit seinen trotzig ragenden Bäumen und mit seiner kernigen, kampferprobten Bevölkerung.

So gilt auch heute unser Gruß und Dank jenem schicksalsgeprägten Land und Volk von der Ostsee herab bis zu den Sudetenländern und dem Böhmischem Wald, wo an zahlreichen Stellen durch Verwicklung weißrussischer Verkehrswege und durch Abschürfung des früher wirtschaftlich genutzten Hinterlandes Schäden entstanden sind, deren Heilung die Reichsregierung, eingedenk des Bismarckschen Wortes, daß das Schicksal des Ostens auch das Schicksal des Reiches bedeutet, nach Kräften erstrebt.

Wie Bismarck, der Schöpfer der deutschen Einheit, so sind auch unser verehrungswürdiger Herr Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg und unser Führer und Volkskanzler Adolf Hitler Persönlichkeiten, die dem Ostraum entstammen. Aus der innigen Verbundenheit mit Blut und Boden ist das geschichtliche Werk der beiden Männer mit zu erklären, die heute die Geschichte des deutschen Volkes stellen. . . Diese Ausstellung will ein Bekenntnis der Treue zu unseren Volksgenossen im deutschen Ostland darstellen und das Verständnis des Blumendeutschen für die Ostfragen vertiefen. Sie will aber auch weiter den Beweis dafür liefern, daß das deutsche Volk seine Vergangenheit hochhält, und will endlich seinem festen Willen Ausdruck verleihen, sich in friedlicher Arbeit, in Ehre und Gleichberechtigung eine glückliche Zukunft aufzubauen.“

Der Reichsleiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, Alfred Rosenberg, gedachte in seiner Ansprache der Tatsache, daß der Osten im Lauf der Jahrhunderte zur Ernährungsgrundlage der gesamten Nation geworden ist. Diese Ernährungsgrundlage durch deutsches Arbeiter- und Bauerntum zu verstärken und zu sichern, sei deshalb Aufgabe des ganzen Volkes und Staates, etwas, was der Nationalsozialismus seit seinem Entstehen nicht müde geworden sei, zu betonen, und was er heute, zum Staate geworden, erst recht unterstreichen wolle. Diese große Ausstellung solle nicht alle Bünden aufreißen und neue schlagen. Um jene großen Probleme zu lösen, die sich der Führer gestellt habe, brauche die deutsche Nation Frieden, aber einen Frieden der Ehre und Achtung. Wir denken nicht daran, so erklärte Rosenberg, die fürchtbare politische Lage zu irgend einem Angriff gegen andere auszunutzen. Wir wollen und nur tiefere Rechenhaftigkeit darüber abgeben, was sich auf dem Boden im Osten früher abgespielt hat und wie die Dinge heute liegen, um uns dann die Frage zu stellen, wie aus dieser für alle furchtbaren Lage ein Weg aufwärts gefunden werden könne.

Wir hoffen, daß die Erkenntnis von der Schicksalsverbundenheit der Völker von der Ostsee bis hinunter zur Donau trotz größter Spannungen immer tiefer und tiefer wird, daß der junge Nationalismus in Deutschland, der die Achtung sowohl vor sich selbst wie vor allen echten Werten der anderen Völker hochhält, nicht umsonst erschienen ist, sondern seine befruchtende Wirkung auch nach Osten zeigen wird.

Diese Ausstellung solle ein Mahnruf sein an alle, mitzuhelfen, um die deutsche Kultur im Osten zu sichern, um die Grundlage der deutschen Volksernährung zu stärken, um das Gesamtvolksbewußtsein aller Deutschen immer fester werden zu lassen.

Nach Rosenberg sprach Staatssekretär Grauert als Vertreter der preussischen Staatsregierung über das große Interesse und die enge Verbundenheit der preussischen Regierung mit der kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung der Grenzgebiete.

Minister Eiser dankte namens der bayerischen Regierung dafür, daß die bayerische Ostmark einen Teil dieser Ausstellung bilden dürfte. Die bayerische Ostgrenze sei für Gesamtdeutschland genau so wichtig wie die preussischen Grenzlande.

Der Oberpräsident der Grenzmark, Rube, sprach über das Kulturleben des deutschen Ostens und über die Möglichkeit, deutsche Bauern und Landarbeiter anzusiedeln. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Ausstellung dazu beitragen möge, dem deutschen Osten eine immer erhöhte Beachtung zu schenken. Es sei charakteristisch, daß immer nur die großen Staatsmänner ihr Augenmerk auf die Politik und die Arbeit im Osten gelenkt haben. Der deutsche Osten sei Zukunftsland innerhalb der Reichsgrenzen, der danach schreie, von deutschen Bauern besiedelt zu werden.

Der stellvertretende Reichsführer des Bundes Deutscher Osten, Dr. Otto Thiele, kennzeichnete zum Schluß noch einmal die Ziele dieser Ausstellung. Dann schloß sich ein Kundgang durch die Ausstellung an.

Sie ist täglich von 10-20 Uhr bei einem Eintritt von 20 Pfg. geöffnet. Der Führer durch die Ausstellung kostet 10 Pfg. Die Ausstellung wird bis zum 10. Januar 1934 gezeigt. Es ist Ehrenpflicht aller Landesleute, sie zu besuchen.

Das Ostland-Institut in Danzig

In aller Stille und mit den beschcheidensten Mitteln arbeitet das von dem Danziger Staatsarchivdirektor Professor Dr. Rede ins Leben gerufene, von seinem Geist erfüllte und in seiner Person verkörperte „Ostland-Institut“. Falsch wäre es, wenn man sich darunter ein feierliches Gebäude vorstellen wollte, angefüllt mit Gelehrten und Angestellten. Das Institut hat vielmehr seinen Sitz in den Köpfen und in den Studierstuden der Herren Dr. Rede und seiner Mitarbeiter.

Und doch wird in ihm eine an Umfang und Wert ungeheure und unschätzbare Arbeit geleistet. Die Hauptaufgabe des Instituts, das vor etwa sieben Jahren begründet wurde, besteht in der Beobachtung des gesamten polnischen Schrifttums, soweit darin Ostfragen, die auch das Deutschtum angehen, insbesondere soweit die Fragen des Korridors behandelt werden. Alle polnischen Veröffentlichungen in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen auf diesem Gebiete, die irgendein Anspruch auf Beachtung erheben, werden in diesem Institut gelesen, überprüft, kritisch gewürdigt und in ausführlichen Auszügen durch die „Ostland-Berichte“, eine Art wissenschaftlicher Korrespondenz, den beteiligten deutschen Kreisen zugänglich gemacht. Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung in Polen nicht minder als die Schriften auf dem Gebiete der Propaganda, Politik, Wirtschaft, Statistik, der militärischen Fragen erfahren hier eine gründliche Prüfung auf ihre Stichhaltigkeit und Zuverlässigkeit und werden sofort sachkundig widerlegt, wenn sie mit den Tatsachen in Widerspruch stehen. Und da die polnische Wissenschaft allzu willig sich in den Dienst der politischen Propaganda stellt, bedarf es schon eines umfangreichen Rückzeuges an Gelehrsamkeit und Sachkenntnis, um den schädlichen Wirkungen aller polnischen Versuche einer Einflußnahme auf die öffentliche Meinung des Auslandes rechtzeitig und überzeugend entgegenzutreten.

Diese wichtige und unentbehrliche, überaus verdienstvolle Aufgabe erfüllt das Ostland-Institut, unseres Wissens die einzige derartige Anstalt, die wir in deutschen Landen haben. Daneben gibt es in größeren Städten zusammenschließende Einzeldarstellungen besonders wichtiger Fragen heraus, von denen wir mehrere schon in unserer Zeitschrift würdigen konnten, z. B. „Gdingen“ von Johannsen, „Der polnische Korridor als europäisches Problem“ von Budding, „Der Abfall Polens 1918/19 im polnischen Schrifttum“ von Voelner.

Für den wissenschaftlich einwandfreien Wert der Veröffentlichungen bürgt der Name und der Gelehrtenruf des verantwortlichen Herausgebers Rede, dessen wissenschaftliche Bedeutung auch von den Polen nicht in Frage gestellt wird.

Es versteht sich von selbst, daß den Polen die Tätigkeit des Ostland-Instituts ein schwerer Stein des Anstoßes ist. Vor allem regen sie sich darüber auf, daß die ihnen so unangenehmen „Ostland-Berichte“ als Manuskript gedruckt werden und infolgedessen im Buchhandel nicht zu haben sind. Mit klugen Vorbedacht hat sich der Herausgeber eine gewisse Heberficht darüber gesichert, in weissen Hände seine Berichte gelangen, um nach Möglichkeit jeder mißbräuchlichen Auswertung vorzubeugen. Und wenn er den Polen den Bezug erschwert, so tut er es gewiß nicht, „um eine unangenehme Diskussion mit der polnischen Wissenschaft zu vermeiden“, wie jene ihm weinerlich vorwerfen. Denn eine solche Auseinandersetzung würde zweifellos viel unangenehmer als für Dr. Rede für die Polen selber ausfallen. Nur von einem Tränmer kann man erwarten, daß er die selbstgeschwundenen Verteidigungswaffen dem Gegner ins Haus schickt. Mag der auf seine Weise sehen, wie er damit fertig wird.

Dieser Maße unterzieht sich nun treu und brav ein in Langzig erscheinendes polnisches Jahrbuch „Kocznik Gdancki“ auf über 100 Seiten seiner letzten Ausgabe, um diese politische Arbeit (nämlich des Ostland-Instituts), die sich einen wissenschaftlichen Mantel umhängt, nicht nur der polnischen, sondern auch der Weltmeinung zu zeigen.

Die ganze Wut aber der Polen und ihre Verärgerung kommt in den Besprechungen dieses Jahrbuchs in der polnischen Presse zum Ausdruck. Da ist zu lesen: „Mit welcher Genugtuung muß man das Vorgehen des Kocznik Gdancki begrüßen, da der Schaden, den die polnische Sache in der Meinung des Auslands hat, wirklich ungeheurer ist. Der Erfolg der Arbeitsmethode des Ostland-Instituts wird am besten gekennzeichnet durch eine vom Kocznik Gdancki erwähnte Tatsache, daß der berühmte Streit „Danzig-Ödgingen“ durch eine der Ausgaben des Ostland-Instituts, nämlich durch die Broschüre Johannsens unter dem Titel „Ödgingen“ im Jahre 1928 begonnen wurde. . . Zudem ist damit diese kurze Bemerkung über diese sogar für die Verhältnisse einer deutschen wissenschaftlichen Stelle ungewöhnliche Art und Weise schließend, möchte ich die Arbeit der polnischen Institutionen betonen, die dank ihrem wissenschaftlichen Niveau wie auch der Objektivität des Urteils immer mehr Widerhall dort findet, wo bisher der Glaube an die Unschärfe des deutschen gedruckten Wortes nicht verlegt wurde.“

Wer im Glashaufe sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

Ein Neujahrslied von Joh. Peter Hebel

Mit der Freude zieht der Schmerz
traulich durch die Zeiten.
Schwere Stürme, milde Weite,
bange Sorgen, frohe Feste
wandeln sich zur Zeiten.

War's nicht so im alten Jahre?
Wird's im neuen enden?
Sonne wachen auf und nieder,
Ballen gehn und kommen wieder,
und kein Wunsch wird's wenden.

Gede denn, der über uns
wägt mit rechter Waage,
jedem Sinn für seine Freuden,
jedem Mut für seine Leiden
in die neuen Tage.

jedem auf des Lebens Pfad
einen Freund zur Seite,
ein zufriedenes Gemüte
und zur stillen Herzensgüte
Hoffnung ins Geleite!

Aus der Heimat

Heimat, Kindheit - wem hätten im Alter und Fremde nicht
Glocken sie wieder einmal ins Herz geläutet?

Peter Sirius

Tilsit. Durch Erlass des Preussischen Staatsministeriums vom 21. 11. 33 ist der Name der Landgemeinde Podoggen im Kreis Tilsit-Ragnit in „Brandenhof“ umgeändert worden.

Tilsit. Im Alter von 62 Jahren verstarb Oberschullehrer Pechel. 2½ Jahre hat der Verstorbene im Schuldienst gestanden, davon 14 Jahre am Tilsiter Realgymnasium. Am 1. Oktober wurde „Antel Pechel“, wie die Schüler ihn liebevoll nannten, in den Ruhestand versetzt. Kurz vor seinem Tode erhielt er durch den Oberpräsidenten und Gauleiter Erich Koch ein Anerkennungsdiplom der Reichsregierung für seine Verdienste im Schuldienst.

Kengwethen (Kr. Tilsit-Ragnit). Nach einer durchgreifenden Instandsetzung ist die evangelische Kirche wieder feierlich eingeweiht worden. Sie ist eine der wenigen Kirchen, die von den einwandernden Salzburgern unmittelbar nach ihrer Ankunft gebaut wurden und gibt als schlichter Feldsteinbau ohne Turm mit flacher Decke heute noch Zeugnis von den ärmlichen Verhältnissen, in denen damals die Salzburger in Ostpreußen sich eine neue Heimat schufen. Die jetzt durchgeführte Instandsetzung ist die größte, die die Kirche im Laufe ihrer 200jährigen Geschichte bisher erfahren hat. Die Nachkommen der Familien, die einst im Kirchspiel Kengwethen sich angesiedelt und die Kirche gebaut haben, leben zu einem Teil heute noch auf den Höfen ihrer Vorfahren.

Görtschen (Kr. Stallupönen). Unter dem Motto „Platt juß ju rüde!“ veranstaltete der Vaterländische Frauenverein vom Roten Kreuz ein Wohltätigkeitsfest, auf dem die Unterhaltung vorwiegend plattdeutsch geführt wurde. Die Vorsitzende, Frau Ruth, begrüßte die Erschienenen auch in plattdeutscher Sprache.

Stieglischen (Kr. Stallupönen). Der frühere Musiker Friedrich Wespahl feierte seinen 65. Geburtstag. Während seiner Tätigkeit als Musiker hat der Jubilar auf über 1000 Hochzeiten aufgespielt.

Sugen (Kr. Goldap). Durch Erlass des Preussischen Staatsministeriums vom 27. Oktober 1933 ist der Name der Landgemeinde Sugan in „Hiller-Höhe“ umgeändert worden.

Waldriede (Kr. Angerburg). Der Bauer Hermann Burschelt hat vom Landwirtschaftsminister den Provinzialsteuerehrenpreis für die höchste Milchleistung erhalten. Seine Herde hatte 1932/33 mit 21 Kühen 6501 Kilogramm Milch mit 1,85 Prozent Fett gleich 250,04 Kilogramm Milchfett den höchsten Ertrag in Ostpreußen. Waldriede hat eine Größe von 460 Morgen. Die Milchwirtschaft ist ganz auf Viehzucht eingestellt. Burschelt ist seit Juli 1923 Mitglied des Herdbuchvereins Insterburg. Die Herde steht also seit 1922 unter Zuchtkontrolle.

Kandien (Kr. Reidenburg). Die kleine evangelische Dorfkirche ist vor mehr als 500 Jahren von den Ordensrittern erbaut worden. Ihr Altar besitzt besonderen Kunstwert und wird von auswärtigen Gästen viel besucht. Recht eigenartig mutet den Kirchengesuch ein Halsseifen als Zeichen einer sonderbaren mittelalterlichen Kirchensitte an. Die Kirche zu Kandien ist die einzige des Grenzkreises Reidenburg, die ein solches Sitrasinstrument noch nachweisen kann. Das Halsseifen ist an einer Holzsäule in der Nähe der Eingangstür angebracht.

Ortelsburg. Im Kreise Ortelsburg sind einige Ortschaften mit neuen Ortsnamen versehen worden. Es handelt sich um folgende fünfzehn (die alten Namen sind in Klammern gesetzt): Neu- und Altkirchhagen (Gaggen), Kodesfeld (Gaggen), Wilhelmstal (Gaggen), Eichenwalde (Jeschonowitz), Waldburg (Kowallit), Lindenberg (Lipowitz), Freudenwalde (Brusdorff), Eltward (Kodlag), Waldrode (Theerwischwalde), Theerwischwalde (Theerwischwalde), Freudengrund (Wesfolgrund), Wilhelmshof (Wissamowen), Lindengrund (Wesfolgrund), Schützengrund (Klöngrund).

Ortelsburg. Am 14. November fand ein Viehmarkt statt, der mit ungefähr 400 Pferden, 700 Stück Rindvieh und 500 Schweinen besetzt war. Mit 1000 Stück Auftrieb war es der größte des ganzen Jahres. Wie die Ortelsburger Polizei meldet, war dies der erste Vieh- und Pferdemarkt, auf dem nicht die geringste Schlägerei oder Auseinandersetzung vorkam.

Allenstein. Die städtischen Betriebswerke nehmen im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms große Durchsticharbeiten an der Alle vor, bei denen rund 800 Arbeiter beschäftigt sind. Die Durchführung der Arbeiten wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Die Alle, die hinter Allenstein gemächlich an Kaltitz und Rainen vorbeifließt, wird ein neues Bett erhalten, und zwar dort, wo sie einen großen Bogen um den sogenannten Pipaak, unterhalb von Redigalain, macht. Die Alle wird dann durch den Gledzinel-See, Rosten-See und Orzolek-See fließen und erst oberhalb der Holzerei Buchwalde wieder in ihr altes Bett münden. Dadurch werden die Wiesen zwischen Redigalain und Bergfriede vor Überschwemmungen geschützt. Das in der Gegend von Redigalain aufgestaute Wasser soll oberhalb des Gledzinel-Sees ein Kraftwerk betreiben.

Rosenburg. Wie jetzt bekannt wird, ist es einem Rostener Jäger gelungen, durch Kreuzungen rote Kanarienvögel zu züchten. Diese werden zum ersten Mal auf der Kleintierchau im Königsberger Tiergarten zu sehen sein.

Königsberg. Für Ostpreußen sind 26 Persönlichkeiten als Konsulin auswärtiger Staaten beglaubigt. Davon sind zur Zeit fünf Konsulate aufgelöst, während eins, das Schweizer Konsulat, nach Elbing verlegt ist. Die übrigen haben alle

in Königsberg ihren Sitz. Fünf von ihnen, nämlich Großbritannien, Frankreich, Litauen, Polen und Sowjetrußland sind durch Vertretungskonferenzen, also Persönlichkeiten, die die Staatsangehörigkeit des Auftragsstaates haben, besetzt, während für die übrigen Staaten Wahlkonferenzen bestellt sind. Die Niederlande und Schweden unterhalten außerdem noch ein Bizelektorat in Pilsau.

Königsberg. Das Stadtgymnasium beging die Feier seines 600jährigen Bestehens mit einem Festakt in der Schule.

Arnaun. Seit kurzem finden auf dem „Räppchen“ durch das Königsberger Preussisch-Museum Ausgrabungen statt, die nunmehr zur Auffindung eines altpreussischen Gräberfeldes führten. Es stellt den von der Bronzezeit bis in die Eisenzeit hinein ununterbrochen belegten Bestattungsplatz einer altpreussischen Familie oder Sippe dar, die wenigstens 2½, oder sogar 3 Jahrtausende lang in der Nähe des Gutes Fr.-Arnaun gewohnt hat und dort auch noch in der frühen Eisenzeit ansässig war. So bildet der Bestattungsplatz auf dem „Räppchen“ ein eindrucksvolles Beispiel für die einzigartige, mehrere Jahrtausende währende Siedlungstätigkeit der samländischen Urbevölkerung. Zugleich zeigt es die Anstimmigkeit der so oft von unseren polnischen Gegnern wiederholten Behauptung, daß die Altpreußen vom Deutschritterorden so gut wie ausgerottet worden seien. Zahllose altpreussische Gräberfelder aus dem 14. und 15. Jahrhundert bestanden und heute einwandfrei, daß nicht nur die Altpreußen, sondern auch ihre angestammte Kultur bis tief in die Eisenzeit fortgelebt haben und nur ganz allmählich in der höheren Kultur der zugewanderten deutschen Ansiedler aufgegangen sind.

Sartau (bei Cranz). Der Fischereiwirt K. wollte sich mit seinem Fuhrwerk den Weg abkürzen, verließ die feste Straße und fuhr quer über die Wehrung. Am Fuße einer Haselbänne versanken plötzlich beide Pferde in einer dort befindlichen tiefen Friesandstelle. Der Besitzer sprang sofort hinzu, um seinen bis an den Leib eingesunkenen Tieren zu helfen, wobei er selbst in Gefahr geriet und nur mit großer Mühe das feste Land erreichen konnte. Es war ein Glück, daß noch ein anderes Fuhrwerk in der Nähe war, mit dessen Vorgepann es nach größter Anstrengung gelang, die bereits tiefer eingesunkenen und völlig erstarrten Pferde aus dem gefährlichen Friesand herauszuziehen.

Berwiltzen (Kr. Heiligenbeil). Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsplanes der Reichsbahn ist auch die Verlegung der Abzweigung bei Berwiltzen nach dem Bahnhof Stobbeloude vorgesehen. Dort wird ein Damm für ein drittes Gleis nach Berwiltzen geschüttet, das von den Jägern der Sirede nach hinten befahren werden soll. Mit den notwendigen Brückenbauten und baulichen Anlagen werden die Kosten etwa 2 Millionen RM betragen. Ein Rehnkel davon soll noch in diesem Winter eingesetzt werden.

Neu-Passarge (Kr. Braunsberg). Ein Jubiläum eigener Art kam in diesem Jahr der Gemüßbauer Schmidt bezuglich. In Neu-Passarge wird vorwiegend Gemüßbau betrieben. Es ist nicht möglich, alles Gemüse in dem nahen, passargeaufwärts gelegenen Braunsberg abzusetzen. Die Gemüseernte geht bis nach Pilsau, Heiligenbeil, Binten, Neßlau, Wormbitt und auch nach Mühlhausen. Die Familie des Gemüßbauers Schmidt bringt nun schon 120 Jahre hindurch ihr Gemüse nach Mühlhausen. Mitte August jeden Jahres beginnen die Fahrten jeden Freitag über etwa 40 Kilometer. Viel wird schon unterwegs verkauft. In Neumark wird im Gasthaus Kienke Nachtquartier bezogen und Sonnabend früh in Mühlhausen der Markt besucht. Mitte November jeden Jahres hören die Fahrten dann wieder auf.

Heilsberg. Der Heilsberger Sender erhält eine neuzeitliche Antennenanlage. Anstatt der beiden 100 Meter hohen Türme wird künftig nur ein Turm von 115 Meter Höhe Träger einer Antenne werden. Dadurch wird die Feldstärke etwa um 20 Prozent erhöht. Für viele Hörer unserer Heimatprovinz erfüllt sich dadurch der langgehegte Wunsch, die Darbietungen des Ostpreussensenders auch in den Abendstunden wieder gut empfangen zu können.

Heilsberg. Unter den seitens der Reichsbahn zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung gestellten 25 Millionen RM befinden sich auch die erforderlichen Mittel für den Neubau des Bahnhofsgebäudes in Heilsberg. Der Bahnhof war vor mehr als 30 Jahren als kleine Station vierter Klasse eröffnet worden und genigte schon lange nicht mehr den Ansprüchen des heutigen Verkehrs.

Mühlhausen (Kr. Fr. Holland). Seit April 1932 war durch den Einzug der Mühlenschleuse der Betrieb der alten Ordensmühle Hoese lahmgelegt worden. Der Aufbau der Schleuse war wegen der zu hohen Kosten nicht möglich. Seitdem lag die Mühle still. Niemand half, weder Stadt noch Regierung. Nach dem Umschwung ist das Werk beendet.

Das neue Bett des Teiches füllte sich wieder mit Wasser, die Mühle ist wieder in Betrieb. Der verstopfte Mühlenteich ist zugeschüttet und ein neuer Staudamm angelegt.

Elbing. Nach langwierigen Verhandlungen erhielten die Schiffsbauwerke gegen sehr scharfe englische Konkurrenz den Auftrag auf einen sehr großen Saugbagger für das Wangpoo Conservancy Board in Schanghai. Dieser Neubau wird an Größe und Fassungsvermögen alle bisher gebauten Bagger überreffen. Der Bagger soll in zwölf Monaten fertiggestellt sein.

Marienburg. Als Marienburg-Festspiel für 1932 soll ein Bühnenwerk aufgeführt werden, das die Ordensgeschichte und die Geschichte der Marienburg zum Gegenstand der Handlung haben soll. Da bisher ein Bühnenfertiges Stück nicht vorliegt, hat der Marienburg-Bund beschlossen, ein Preisausschreiben zu veranstalten, um so ein historisches Drama zu erhalten, das sich für die Freilichtbühne eignet. Es sind Preise von 1000, 600 und 400 RM ausgesetzt worden. Es soll besonders jungen deutschen Dichtern Gelegenheit geboten werden, ihr Talent auf diesem historischen Gebiet zur Geltung zu bringen.

Marienburg. 35 Jahre lang hatte die alte Ueberführungsbrücke dem Verkehr gedient und war so mitgenommen, daß sich die Reichsbahn entschloß, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms eine neue Brücke in Auftrag zu geben. Die neue Brücke ist nun gegen die alte ausgetauscht worden. In einer Stunde war die 70 Tonnen schwere alte Brücke hinausbefördert, in einer weiteren Stunde die 400 Tonnen schwere neue Brücke eingeführt. Im nächsten Jahre wird die Provinz eine neue Zufahrtsstraße zur Brücke bauen.

Stuhm. Die Polen im Kreise Stuhm haben beim Volksentscheid fast durchweg mit Nein gestimmt und in nur wenigen Fällen Stimmenthaltung geübt. Die Stimmzettel zur Reichstagswahl sind von den Polen als ungültig abgegeben worden. Die polnische Minderheit in der mittleren Grenzmark Posen-Westpreußen hat sich jedoch, wie die „Elbinger Zeitung“ zu melden weiß, mit ganz geringen Ausnahmen bei der Volksabstimmung mit „Ja“ eingesetzt und für die Reichstagswahl für die Liste der NSDAP gestimmt. In mehreren polnischen Minderheitsdörfern in den Kreisen Neferitz und Bornitz, so u. a. in Gr.-Pofemudel, hat die polnische Wählerschaft sogar 100prozentig für Volksabstimmung und Reichstagswahl gestimmt.

Gr. Waplig (Kr. Stuhm). Das rund 13000 Morgen große Gut des polnischen Grafen v. Sierakowski-Gr. Waplig, das seit über einem Jahr in Zwangsverwaltung stand, ist nach längeren Verhandlungen aufgeteilt worden, und zwar in der Weise, daß 6500 Morgen, die Vorwerke Reichandref, Schönwiese, Ellerbruch und Tillendorf von der Ostpreussischen Landgesellschaft bestedelt werden, die dieses Land nach Aufhebung der Zwangsverwaltung bereits übernommen hat. 6100 Morgen erhält Gutsbesitzer v. Domierst-Klein-Kampen, das Schloß mit 100 Morgen bleibt im Besitz der Familie des Grafen und erhält der älteste Sohn. Die Vorbereitungen für die Besiedlung werden bereits getroffen, im Walde bei Schönwiese ist ein Sägewerk aufgestellt worden, so daß mit der Wiederdüngung im nächsten Frühjahr angefangen werden kann. 170 Jahre war der Besitz in der Familie des Grafen v. Sierakowski. Wertvoll ist das Gutshaus, in dem sich weit über 100 wertvolle Gemälde befinden.

Weissenberg (Kr. Stuhm). Nach einem dem Ministerium zur Begutachtung vorgelegten Plan ist beabsichtigt, bei Weissenberg an Stelle des Ziels eine Stauschleuse zu bauen, die es ermöglichen soll, den Verkehr zu jeder Jahreszeit und bei jedem Wasserstand aufrecht zu erhalten. Damit würde die durch den Verfallener Vertrag von dem Zugang zur Weichsel abgeschnittene Marienwerderer Niederung eine Schiffsfahrtsstraße erhalten.

Marienwerder. Wie die „Gazeta Gdansta“ meldete, organisiert das polnische Konsulat in Marienwerder Besuchsreisen von Polen aus Ostpreußen nach Danzig. So mußte das Polenblatt davon zu berichten, daß am Sonntag, dem 16. Oktober d. J., ein Ausflug von 30 Polen aus Stuhm und Umgegend, der von dem polnischen Konsulat in Marienwerder organisiert worden war, nach Danzig stattfand. Lieber die Art dieses Besuches wird weiterhin nur mitgeteilt, daß die polnischen Ausflügler dort Gäste des Verbandes der Polen in Danzig gewesen seien.

Platow. Im Landratsamte fand hier eine Besprechung statt, die den Zweck hatte, die auf Grund des Augustplanes in Arbeit gebrachten Erwerbslosen des Kreises auch während des Winters in Arbeit zu halten. Es handelt sich um rund 1000 Arbeiter, die im Winter mit umfangreichen Herbstarbeiten beschäftigt werden sollen. Damit wird der Kreis Platow im Winter ohne Arbeitslose sein.

Nemel. Nach der Niederlage, die die Christlich-sozialistische Arbeitsgemeinschaft des ehemaligen Pfarrers von Saz bei den Wahlen der Landwirtschaftskammer erlitt, in der sie von 37 nur 7 Sitze erhielt, während die Sozialistische Volksgemeinschaft des Dr. Neumann 27 Abgeordnete in die Kammer entsandte, trifft jetzt diese Partei ein weiterer schwerer Schlag. Sie verliert drei führende Persönlichkeiten, nämlich den Schatzmeister der Partei, Schwede, den Propagandaleiter Meding und den Kreisleiter der Partei für die Stadt, Ologau. Das von der Partei herausgegebene Blättchen behauptet zwar, daß die Partei diese drei Herren „ausgeschlossen“ habe. Es ist aber bekannt, daß sie schon lange aus der Partei austreten wollten, weil sie ebenso wie viele andere erkannt haben, daß Saz nicht die geeignete Persönlichkeit für die Führung einer Partei ist, die vorgibt, nationalsozialistisches Gedankengut zu vertreten.

Nemel. Landesdirektor Szigaud wurde zum Mitglied der Nemeler Hafendirektion ernannt. Sein Vorgänger war „Barthel“, dessen Amtszeit am 1. Dezember abläuft. Szigaud hat bereits mehrere Mal der bisherigen Landesdirektion angehört. Dem Direktorium Dr. Schneider bleibt er angehörig.

Hendekung. Der reichsdeutsche Lehrer Ballak, der bisher hier im Kreise unterrichtet hat, ist vom Gouverneur des Nemelgebietes ausgewiesen worden. Seine Ausweisung erfolgte unmittelbar nach einer dreiwöchigen Gefängnisstrafe, die Ballak im Justizhaus Dajobten abgesessen hatte. Seine Verurteilung erfolgte wegen angeblicher Verächtlichmachung des litauischen Staates.

Danzig. Der Danziger Rundfunk wird nun auch ein eigenes Pausenzeichen erhalten. Die Wahl ist auf die ersten Takte des alten Soldatenliedes „An der Weichsel gegen Osten“ gefallen. Das Pausenzeichen wird, ähnlich wie die bereits bei den meisten deutschen Sendern im Gebrauch befindlichen, ein Glockenwert sein, das zurzeit bei einer Danziger Firma hergestellt wird. Es soll am 13. Dezember eingeführt werden.

Danzig. In dem Sonderflugzeug der Deutschen Luftwaffe „Generalfeldmarschall von Hindenburg“ trafen eine Anzahl von Ehebedauern und Herausgebern großer sinnlicher Zeitungen auf dem Flughafen Danzig-Vangfuhr ein. Zur Begrüßung waren Vertreter des Danziger Senats, des deutschen Generalkonsulats, des Verbandes der Danziger Presse und der Deutschen Luftwaffe erschienen. Nach einem zweitägigen Aufenthalte erfolgte die Weiterreise nach Königsberg.

Fischerbade (Danzig). Der Danziger Senat hat den Bau zweier Brücken beschlossen, die bei Fischerbade über die Königsberger und Eßlinger Weichsel führen und die beiden führen ersten sollen. Damit wird einem langjährigen Bedürfnis und Wünsche entsprochen und eine lästige Verkehrshemmung beseitigt. Die Bauverwaltung hat inzwischen die Pläne für die beiden Brücken fertiggestellt und auch das benötigte Material in Auftrag gegeben. Man hofft, mit dem Bau beider Brücken noch im Sommer des folgenden Jahres fertig zu sein und sie dem Verkehr übergeben zu können.

Wdngen. Nach Angaben des polnischen Handelsministeriums hat der Gesamtumschlag im Danziger Hafen während der ersten neun Monate dieses Jahres 346 311 Tonnen betragen, in Wdngen dagegen 4 336 113 Tonnen. In Danzig ist der Gesamtumsatz im Vergleich zur entsprechenden Zeit

des Vorjahres um 35626 Tonnen gesunken, in Wdngen aber um 745 319 Tonnen gestiegen! Der Anteil Danzigs am seewärtigen Gesamtumschlag Polens beläuft sich jetzt nur noch auf 4,6 v. H., im Vorjahre hat er immerhin noch 32,1 v. H. betragen. In polnischen Wirtschaftskreisen rechnet man damit, daß der Danziger Umschlagsanteil bald auf 40 v. H. zurückgehen wird; es sind Bestrebungen im Gange, die tschechoslowakische Durchfuhr ausschließlich über Wdngen zu leiten. Wenn Polen seine Hafenpolitik nicht bald nach dem im Uebereinkommen vom 18. September festgelegten Gesichtspunkten einrichtet, wird Danzig nichts anderes übrig bleiben, als von diesem Uebereinkommen zum nächstmöglichen Termin zurückzutreten.

Namel (bei Wdngen). Hier ist ein neuer Flugplatz entstanden, der den polnischen Flugverkehr von Danzig-Vangfuhr nach Namel bzw. Wdngen attraktiv erhalten soll.

Dirschau. Der der deutschen Minderheit angehörende frühere Lehrer Protzel aus Königsberg wurde vom dortigen Appellationsgericht zu 300 Mark und 15 Tagen Arrest verurteilt, weil er in der Anschrift eines nach Dirschau gerichteten Briefes das Wort „Welpenrasen“ beigelegt hatte.

Partenschin (Kr. Braudenz). Nachdem erst vor kurzem der deutsche Lehrer Kergall entlassen worden war, wurde in den letzten Wochen auch im benachbarten Kadulsk die Schullehrer mit deutscher Unterrichtssprache plötzlich aufgelöst. Dem Leiter wurde vom Schulvorstand eine Verfügung des Schulrats vorgelegt, auf Grund derer die Schule schon vom nächsten Tag an für aufgelöst erklärt wurde. Die Eltern der Schüler haben gegen diese Verordnungsprotokolle eingeleitet und um Freibehaltung der bisherigen Verhältnisse gebeten. Die Zahl der deutschstämmigen Kinder beträgt nahezu vierzig.

Schwey (Weichsel). Für die deutschstämmigen evangelischen Staatsbürger im Kreis Schwey werden die Schulverhältnisse immer ungünstiger. Von Schwey bis Neuenburg, eine Strecke von über 30 km, findet man heute keine evangelische Lehrkräfte im Staatsdienst. Die Kinder müssen daher Schulen mit polnischer Unterrichtssprache besuchen. Evangelischen Religionsunterricht erhalten diese Kinder überhaupt nicht. In der großen Gemeinde Aufowitz war vor einiger Zeit vom deutschen Schulverein mit Genehmigung der Schulbehörde eine Privatstunde eröffnet und mit einem evangelischen Lehrer besetzt worden. Nun wurde dem Lehrer plötzlich ohne Angabe von Gründen die Unterrichtsverlaubnis entzogen, obwohl er sich nichts zuschulden kommen ließ, und obwohl die Schule derart stark besetzt war, daß mit der Einrichtung einer zweiten Klasse gerechnet wurde. Eine große Zahl deutschstämmiger Kinder ist ohne Unterricht.

Bromberg. Um die materielle schwere Not der Deutschen in Bromberg zu lindern, wurde in einer Rundgebung zur Errichtung einer „Deutschen Winterhilfe“ aufgerufen. Die Versammlung war so gut besucht, daß der größte Saal Brombergs schon eine halbe Stunde vor Beginn überfüllt war. Hauptgeschäftsführer Wiese sprach in packenden Ausführungen über das Thema: „Volksgemeinschaft — Notgemeinschaft.“ Die Rundgebung brachte die schöne Gewissheit, daß die deutsche Bevölkerung Brombergs mit inaktiver Opferbereitschaft daran geht, den hungernden Volksgenossen tatkräftig zur Seite zu stehen und überall dort einzugreifen, wo Hilfe nötig ist.

Dem ehrenden Gedenken unserer Toten!

Emilie Kristkat, geb. Raabert, * 26. 2. 37, Wittgiren, Kreis Darkehmen, † 21. 11. 33, Reskülls-Brick.
 Franz Dukal, * 6. 5. 61, Seeburg, Kreis Köffel, † 6. 12. 33, Reskülls-Brick.
 Stephan Schmidt, * 16. 10. 67, Strale (Kreis Mlesitz), † 4. 12. 33, Wn.-Charlotteburg.
 Kofalki Kanczki, geb. Kranke, * 18. 2. 67 in Stadmdorf, Kreis Stuben, † 11. 11. 33 in Wodun.
 Adam Radkanski, * 27. 7. 71 in Drumdjaken, Kreis Puk, † 25. 11. 33 in Dalsburg-Beck.
 Witwe Auguste Mittel, geb. Kohn, * 9. 1. 63 in Schmilde Kreis Herwigsdorf, † 7. 11. 33 in Dalsburg-Meiderich.
 Witwe Daryzki (Kazimier-Wilhelmine), † 21. 2. 33, Hagen i. W.
 Frau Rosa Gram, † 3. 3. 33, Hagen i. W.

Gustav Wjehewski, † 18. 4. 33, Hagen i. W.
 Witwe Maria Kettik, † 12. 5. 33, Hagen i. W.
 Georg Gollnat, † 15. 5. 33, Hagen i. W.
 Frau Anna Maria Köster, † 9. 6. 33, Hagen i. W.
 Frau Keddig, † 10. 7. 33, Hagen i. W.
 Frau Wilhelmine Hübner, 25. 7. 33, Hagen i. W.
 Andreas Gilmelster, † 7. 9. 33, Hagen i. W.
 Frau Maria Hoffoth, † 10. 9. 33, Hagen i. W.
 Witwe Helene Gram, † 29. 9. 33, Hagen i. W.
 Witwe Anna Kramerski, † 6. 10. 33, Hagen i. W.
 Adolf Brückler, † 12. 11. 33, Hagen i. W.
 Julius Kolaszek, † 26. 11. 33, Hagen i. W.
 Wilhelm Maschke, * 12. 8. 67 in Liegenhof, Kreis Groß-Werder, † 7. 12. 33, Dangentrot-Wernau.

* Die Angaben für die Ehrenliste müssen enthalten: Name (bei Frauen auch Mädchenname), Geburtsort, Geburtsort und -kreis, Sterbetag und Ortsgruppe. Ohne diese Angaben erfolgt in Zukunft keine Veröffentlichung.

Günstige Tilgungsdarlehen

Durch die unter Reichsaufsicht stehende
Vaterländische Spar- u. Wirtschaftsgemeinschaft
Kostenlose Auskunft erteilt
Landsmann Polizeimajor i. R. **MAGUNNA**
Berlin W 35, Am Karlsbad 21
Fernruf B 1 Kurfürst 0848. Rückporto erbeten.

Möbel-Kernien

Inhaber Fritz Rohde

Alle Möbel jetzt sehr preiswert wegen
Lagereinschränkung
Schecks und Sparkassenbücher werden
in Zahlung genommen
Berlin NO 43, Neue Königstraße 19b
Telefon: Alexander 4207

Tausche

Berliner Häuser gegen Zinshäuser in
Danzig oder Polen. Polnische Objekte
in Ostoberschlesien und Posen bevorzugt.
Offerten unter J. E. 9040 beförd.
Rudolf Müssa, Berlin SW 100

Grundstück, 7 Morgen, Kreis Rössel,
Ostpreußen, verkauft

Olschewski, Bin.-Charlottenburg,
Gardes du Corpsstr. 16

Schwarzort im Memelgebiet

Besonders schön gelegenes **Grundstück**,
Villa mit Park, zur Vermietung an Bade-
gäste geeignet, günstig zu verkaufen.

Adresse zu erfragen Memellandbund,
Geschäftsstelle Nowawes, Wilhelmstr. 100

Achtung!

Landsleute unterstützt Landsmann
Otto Lange und Söhne
Gegr. 1909 **Malermeister** Gegr. 1909
Berlin O 112
Frankfurter Allee 76

**Ausführung sämtl. Malerarbeiten
unter eigener Mitarbeit**

Garantie für unbedingt saubere Arbeit bei
billigster Preisberechnung — (Ein Versuch macht
klug!) — Referenzen stehen gern zur Verfügung

Stellengesuche

Ostpreuße, Königsberger, in gesetztem Alter, **gel. Mechaniker**,
auch mit Büroarbeiten gut vertraut, sucht als Bürogehilfe,
Bote, Fabrikportier oder ähnliche Stellung. Gute Referenzen.
Angebote an die Schriftleitung erbeten.

Wanda Taube
Geigenkünstlerin

Magdalena Taube
Konzertpianistin

**Klavier, Violine und Bratschenunterricht
Kammermusik und Korrepetition**

Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmsaue 30 II
Fernruf: H 7 Wilmersdorf 6864

Dieselbst **Hauskonzerte** jeden 1. und 2.
Montag im Monat, abends 7,45 Uhr
Unkostenbeitrag 50 Pfg.


Die Sendung der Kohrmosers

2. Auflage

Roman von **Elisabeth Brönnner-Hoepfner**

Bei Sammelbestellungen ermäßigter Preis

brosch. N.N. 3,50, gebunden N.N. 4,50,
Lurusausführung N.N. 5,—

Bezug: 19  29

Memelland-Verlag Berlin-Nowawes
Tel.: Potsdam 7331 Leiffingstraße 40

Deutsches Heim

für stud. u. berufst. Damen

Berlin W 35,
Genthiner Straße 32

Pensionspr. 75.- bis 115.-

Beste Verpflegung, in Re-
ferenzen. Es werden auch
vorüb. egeh. Damen u. Ehe-
paare aufgenommen. Zimmer
mit Frühstück 2.50 bis 3.50

Elsa Anderjch (Ostpreuß.)

Glittehner Honig

Verkaufe nur meinen Ostpr. Honig, würzig, volles
Aroma, nicht erhitzt u. ungemischt frei durch Nachn.:
Klee- und Lindentracht 9 Pfd. Inhalt 5 Pfd. Inhalt
Rüben- und Löwenzahn- tracht RM. 11.45 RM. 7.10
tracht RM. 9.60 RM. 6.10
Imkerei Glittehnen bei Bartenstein (Ostpreußen)

Bonner Fahnenfabrik

in BONN am RHEIN

Größt. Fahnenfabrik Deutschlands

Vereinsfahnen

Vereins- und Festabzeichen und aller Vereinsbedarf

Bei Sterbefällen wende man sich vertrauensvoll an

Petermeier's

Beerdigungs-Institut

Vertreter: Landsmann Max Zachowius
Mitglied der Ostgruppe Hermsdorf und Umgebung
Gegründet 1879

Berlin-Hermsdorf, Waldstraße 17,
Ecke Roonstr. | Fernruf: D 7 Hermsdorf 1069

Erd-Bestattung - Feuer-Bestattung

Führe die Bestattungen der Versicherten des Deutschen Herold und Volkswohlbund aus. Policen werden in Zahlung genommen. Übernahme sämtlich. Beerdigungs-Angelegenheiten. Bei telefonischem Anruf solortiger Vertreterbesuch. Überführungen nach allen Orten im In- und Ausland. Durch eigene Fabrikation und eigenes Fuhrwesen billige Preise!

Bester ostpreußischer

Bienenhonig

Pfd. 1.10 RM.
Bitte Gefäß mitbringen
F. Strätting, Bochum
Heilweg 54

A Szaguhn

Dekorationsmaler
BERLIN SO 36
Reichenberger Str. 14

empfiehlt sich zur
Ausführung
sämtlicher
Malerarbeiten

Mitglied des Verbandes der
heimatl. Ost- u. Westpreußen

Feine Herrenkleidung nach Maß

HERMANN SADLOWSKI

BERLIN, Petersburger Straße 77
Fernsprecher: Andreas 8109

Landsleute erhalten 5% Ermäßigung,
außerdem Zahlungserleichterungen
nach Vereinbarung

Waldfrieden bei Insterburg



Moorbäder gegen alle rheumatischen Erkrankungen und Frauenleiden.
Sanatorium für sämtl. inneren Krankheiten. Fachärztliche Behandlung
Waldkurort für Ruhe- und Erholungsbedürftige

Alle neuzeitlichen Einrichtungen —
Bäder im Haus, Pensionpreis von
3,50 M. an — Vortr. Verpflegung
Punschhalten. Pensionat kostenlos

Durchreisenden Landsleuten

empfehle meine Pension.
Saubere und preiswert.
8 Min. v. Hauptbahn.
Elise Mierau
München, Luifenstr. 51
Telefon 51135

Ostpr. graue Erbsen Kapuzinererbsen

Postpaket 5 kg NBR 3,60
frei Haus Nachnahme

Max Kalden

Königsberg i. Pr. 1
Kriepstr. 28



Das Heldenbuch der deutschen Ostmark

P. W. v. Marienburg:

„DIE SAKRAMENTSRIITER“

„Atemlose Spannung“ (D. htr. Ost- u. Westpreußen Berlin). „Es soll in ganz Deutschland erklingen“ (Nationalzeitung, Essen). „Eine Tat für Christentum und Deutschtum“ (Berg. Tz. Elberfeld).
Prachtband RM. 10.— mit Goldschnitt RM. 11.— u. 12.—
Durch jede Buchhandlung und Wahlstatt-Verlag
Breslau 13. Postscheck-Konto: Breslau 22250

Seit 1720

Blutgericht

Seit 1720



Weingroßhandlung
in Königsberg in Pr.
Historische Weinkuben
im alten Ordensschloß
Mühlmilch bekannter
Bergquelle preiswerter
guter Weine und Rum
Versand nach allen
Städten des Reiches

Schutzmarke
Niederlage für Groß-Berlin: Berlin W 30
Neue Wintfeldstr. 7, Telefon B 7, Palast 8700

1a Aufarbeitung

von Möbeln u. Instrumenten
Nur halbe Preise
Auch Teilzahlung!
Spezialist!
Landsmann **SOCK**
Berlin O 34, Mögliner Straße 1

Hausmacherwurst

Blut-, Leber- und Rauchwurst (Landrauch),
versende in 4- und 10-Pfd.-Paketen gegen
Nachnahme. — Bitte verlangen Sie meine
Preisliste.
Hugo Schwarzer, Elbing (Westpr.), Sonnenstr. 20



Käse
Original Ostpreußischer
Tilsiter Käse
45-50% Fett
in Wasser

Zentral-Genossenschaft

ostpreußischer Molkereien
Königsberg Pr. Kaiserstraße 50

Gen. Köpfe u. Ostpreußen

HOF KAPKEIM WEBEREI



Ostpreussisch
Leinen

Im Königsberg
bei Lauentusch Am Schloß Nr. 1

Dezemb. 1930
als Siedlung
gegründet, ist
der Hof Kap-
heim Ost-
preußens ein-
zige mechan.
Leinenwebe-
rei. Herge-
stellt werden
die gut, alten
Leinenwaren,
wie sie früher
in Ostpreußen
handgewebt
wurden:
Hand- und
Küchentücher,
Tisch- u. Bett-
zeug, „Ost-
preußisch
Kunker“.

Ost- und Westpreußen, kauft Ostpreußisch Leinen!
Ihr schützt die Heimat!

Maister umgehend ab Werk, in Berlin durch
Rossmann, W 82, Kottbusstraße 22

Verantwortlicher Schriftleiter: I. Hauptstadtsekretär Emil Herrmann, Berlin-Hermsdorf. Druckerei und Verlag: Reichsverband der Heimattreuen Ost- und Westpreußen e. V., I. G., Berlin. Druck: Behrens, Hannover. Für den Angehörigen verantwortlich: Ellen Reige, Hannover, bei der Druckerei.

02) Deutsch-tschechischer Zukunftsfonds unterstützt viele grenzüberschreitende Projekte

Der **Deutsch-Tschechische Zukunftsfonds** unterstützt weitere [53 gemeinsame Projektinitiativen](#) von Bürgern beider Länder.

<https://www.fondbudoucnosti.cz/de/aktuell/aktuell/liste-aktuell-bewilligter-projekte-27>

[siehe unten die Liste]

Der Verwaltungsrat des Fonds gab dafür am Mittwoch Fördermittel in Höhe von knapp 342.000 Euro frei. Die beiden Co-Vorsitzenden des Verwaltungsrats, **Jindřich Fryč** und **Martin Kastler**, zeigten sich erfreut, dass viele der nun bewilligten Projekte nach neuen Wegen für die deutsch-tschechischen Beziehungen in der Pandemie und danach suchen.

Zudem hat der Zukunftsfonds in den vergangenen Monaten mit einem Sonderförderprogramm rund 30 tschechisch-deutsche Projekte ad hoc unterstützt. Sie wurden innerhalb einer verkürzten Frist bewilligt. Dabei seien „viele tolle Veranstaltungen“ zustande gekommen, die es sonst gar nicht gegeben hätte, betonen die Zukunftsfonds-Geschäftsführer **Petra Ernstberger** und **Tomáš Jelínek** in der jüngsten Presseaussendung.



suchen Suchtext eingeben
Erst nach Antragsstellung fragen!

Aktuell

22. September 2021

Liste aktuell bewilligter Projekte

ČÍSLO / NR.	ID	NÁZEV / TITEL	ČÁSTKA / SUMME
8 21 10051	10051	Koronovační opery jako vrchol epochálních rozdílů mezi pražskou korunovaci Marie Terezie a jejího syna Leopolda II.: „Semiramide“ (1743) a „La clemenza di Tito“ (1791) / Krönungsopern als Höhepunkte epochaler Differenzen zwischen den Prager Krönungen Maria Theresias und ihres Sohnes Leopold II.: „Semiramide riconosciuta“ (1743) und „La clemenza di Tito“ (1791)	80 000 CZK
8 21 10687	10687	Symposium pro skladatele a dirigenty-5.ročník / Symposium für Komponisten und Dirigenten-5. Jahrgang	4 000 EUR
2 21 10694	10694	Němčina nekoule VI (2022-2023) / Nachbar. Sprache? Tschechisch! VI (2022-2023)	1 131 633 CZK
4 21 11058	11058	Moc, peníze, zneužití - když se náhli stane obchodem!: nucená prostituce a obchod s lidmi / „Macht, Geld, Missbrauch –“ Wenn Gewalt zum Geschäft wird!“: Zwangsprostitution und Menschenhandel	4 000 EUR
2 21 11272	11272	Čojčlandská Konferenz 2021 / Čojčlandská Konferenz 2021	3 800 EUR
4 20 11335	11335	Žádost o pokračování finanční podpory pracovního místa na částečný úvazek „muzejní pedagog“ pro Historický park	25 000 EUR

		Bárna-Tachov a pro ArchaeoCentrum Čechy-Bavorsko. / Antrag auf Fortführung der finanziellen Förderung für eine Teilzeitstelle „Museumspädagoge“ für den Geschichtspark Bárna-Tachov und für das ArchaeoCentrum Böhmen-Bayern. ArchaeoCentrum Bayern-Böhmen.		
6 21	11377	11377	Odpad v moři a v řekách (II. Phase) / Müll im Meer und in den Flüssen (II. Phase)	7 000 EUR
5 21	11628	11628	Hudební most Praha - Drážďany 2021 / éist říjen 2021 - leden 2022 / Musik Brücke Prag - Dresden 2021 / October 2021 - Januar 2022	350 000 CZK
6 21	11666	11666	Public museum / Public museum	98 000 CZK
8 21	11719	11719	Only Glass Between Us / Only Glass Between Us	100 000 CZK
5 21	11722	11722	Válka a truchlení v literatuře / Krieg und Leid in der Literatur	50 000 CZK
4 21	11783	11783	Czech Brass Academy, Popelka 2021 / Czech Brass Academy, Popelka 2021	35 000 CZK
6 21	11861	11861	Německo-česká obchodní praxe / Deutsch-tschechisches Berufspraktikum	3 600 EUR
6 21	11872	11872	Česko-německá kulturní a jazyková výměna jako digitální přátelství. Program DotE jako společná cesta / Deutsch-Tschechischer Kultur- und Sprachtausch als digitale Freundschaft. Das Programm DotE als gemeinsamer Weg	5 500 EUR
2 21	11892	11892	Česko-německý projekt výměny pro studenty a hostelské rodiny. Tříměsíční program / Tschechisch-deutsches Austauschprojekt für Schüler und Gaufamilien - Trimesterprogramm	800 EUR
3 21	11901	11901	Moje Dlouhá Cesta / Mein langer Weg	8 000 EUR
3 21	11902	11902	Hannah - Invisible: promítání filmu o životě Hany Frejkové a přednáška o Slánského procesu v Brémách / Hannah / Invisible: Filmvorstellung in Bremen über die Lebensgeschichte von Hana Frejková und über den Slánský-Prozess	785 EUR
5 21	11910	11910	Nejkrásnější tvář socialismu a 99 dalších příběhů ze zmizelé země / Das schönste Gesicht des Sozialismus und 99 andere Geschichten aus einem verschwundenen Land	3 500 EUR
5 21	11935	11935	Zdeněk Sýkora / Zdeněk Sýkora - Der Maler	8 000 EUR

5. 21.	11937	11937	Propagace poutního areálu v Horní Polici / Öffentlichkeitsarbeit zugunsten der Wallfahrtsanlage in Oberpölitze/Horní Police	140 000 CZK
5. 21.	11940	11940	Deset let česko-německé spolupráce / Zehnjährige deutsch-tschechische Zusammenarbeit	7 500 CZK
5. 21.	11944	11944	kniha - Fotbalové osudy / Buch - Fussballschicksale	70 000 CZK
3. 21.	11947	11947	Práce pro nepříteli / Unter Deutschen. Zwangsarbeit im Dritten Reich	700 000 CZK
2. 21.	11956	11956	Koordinální setkání českých a saských příhraničních potravinových bank / Koordinierungstreffen tschechischer und sächsischer Lebensmittelbanken aus der Grenzregion	68 000 CZK
8. 21.	11969	11969	Voltage / Voltage	3 000 EUR
3. 21.	11973	11973	Prezentace filmu Krajina ve stínu v Německu / Präsentation des Films Krajina ve stínu in Deutschland	3 912 EUR
8. 21.	11977	11977	Artist Exchange for Independent Publishing 2021 / Artist Exchange for Independent Publishing 2021	150 000 CZK
8. 21.	11979	11979	Už to začalo? - reprízy v Německu / "Geht's schon los?" - Gastspiele in Deutschland	60 000 CZK
8. 21.	11989	11989	MELANCHOLIA REVISITED / MELANCHOLIA REVISITED	1 715 EUR
2. 21.	11992	11992	Česko-německý projekt výměny pro studenty a hostitelské rodiny. Školní rok a tříměsíční program / Tschechisch-deutsches Austauschprojekt für Schüler und Gastfamilien - Schuljahresprogramm/ Trimesterprogramm	13 600 EUR
8. 21.	11993	11993	Divadlo Continuo na festivalu FULL SPIN 2021 / Continuo Theatre beim FULL SPIN Festival 2021	4 000 EUR
5. 21.	11994	11994	Gustav Erhart: Ferdinand Staeger (1880-1976) / Gustav Erhart: Ferdinand Staeger (1880-1976)	150 000 CZK
2. 21.	11998	11998	Čo je Pedagogika 2021/2022 / Čo je Pedagogika 2021/2022	7 450 EUR

5. 21. 12000	12000	Kniha Rozhovory s Franzem Kettlem / Buch Gespräche mit Franz Kettl	50 000	CZK
5. 21. 12001	12001	Jifi Grula: Dílo sv. IX - Texty pro děti + Dodatky - poslední svazek Díla Jiřího Gruly / Jiří Grula: Schriften Bd. IX. - Kinderliteratur + Anhänge - der letzte Band der Schriften von Jiří Grula	80 000	CZK
2. 21. 12003	12003	Europa, začínáme. / Europa, wir fangen an	855	EUR
6. 21. 12004	12004	Tobias Lolness / Tobie Lolness	150 000	CZK
5. 21. 12013	12013	Mosty: někč edition I. / Brücken: někč edition I.	100 000	CZK
5. 21. 12014	12014	Knižní projekt: "Lustig ist gefährlich" von Wolfgang Sötter / Publikation des Romans "Lustig ist gefährlich" von Wolfgang Sötter	2 000	EUR
4. 21. 12017	12017	Signum Quartet a Wolfgang Rihm na festivalu Contempuls / Signum Quartet und Wolfgang Rihm beim Festival Contempuls	50 000	CZK
3. 21. 12018	12018	Natočení a výroba devadesátiminutového česko- německého dokumentárního filmu s pracovním názvem Přes naše prahy / Drehen und Fertigstellen des 90 minütigen deutsch-tschechischen Dokumentarfilms: „Über unsere Schwellen hinaus“ (Arbeitstitel)	20 000	EUR
4. 21. 12021	12021	Třetí setkání uměleckých kolektivů Gob Squad a Dřepog / Kreatives Treffen der Kunstgruppen Gob Squad und Dřepog	30 000	CZK
3. 21. 12022	12022	Vytváření německo-českých "kulturních pramenů" 2021 "Vánoční speciál 2021" / Ausbau deutsch-tschechischer "Kulturquellen" 2021 "Weihnachtspecial 2021"	3 000	EUR
5. 21. 12023	12023	V sedých zónách historie: Pražský podiatr Berthold Epstein (1890-1962) Věra Trnková a Stephan Heinrich Nolte / In den Grenzonen der Geschichte: Der Prager Pdiater Berthold Epstein (1890-1962) Vera Trnka und Stephan Heinrich Nolte	4 000	EUR
4. 21. 12024	12024	ČESKO-NĚMECKÝ KULTURNÍ PROJEKT "PRAHA-BERLIN" 2021 / DEUTSCH-TSCHECHISCHES KULTURPROJEKT "PRAG-BERLIN" 2021	14 000	EUR
8. 21. 12026	12026	Přes východ na západ / Ostwärts in den Westen	5 000	EUR
4. 21. 12028	12028	Zlatý hrnc - přehrazení CLANGDIALOG v CLANGPALAIS / Der goldne Topf - ein grenzübergreifender CLANGDIALOG im CLANGPALAIS	4 000	EUR
4. 21. 12033	12033	RODNÉ ZEMĚ. Česká a moravská blechta v exilu	12 000	EUR

		(pracovní název) / FÜR DIE HEIMAT. Böhmischer und-mährischer Adel im Exil (Arbeitstitel)		
5 21 12034	12034	Zvony pro Šumavu / Glocken für den Böhmerwald	70 000	CZK
4 21 12035	12035	Ženy a pandemie s ohledem na rovnost žen a mužů a rozdíly mezi Českou republikou a Německem / Frauen und Pandemie im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter und die Unterschiede zwischen der Tschechischen Republik und Deutschland	1 760	EUR
4 21 12036	12036	Česká republika a Německo po covidu - obnova srdce Evropy. Studentská konference JEF CZ a JEF Bavorsko. / Deutschland und Tschechien nach Covid - die Erneuerung des Herzens Europas. Studentische Konferenz der JEF CZ und JEF Bayern.	1 730	EUR
8 21 12039	12039	Sedm opuštěných Poesiomatů u zapadlých kostelů / Sieben verlassene Poesiomaten bei abgelegenen Kirchen	490 000	CZK
5 21 12071	12071	Jaroslav Rudis "Winterbergova poslední cesta" - překlad románu / Jaroslav Rudis "Winterbergs letzte Reise" - Übersetzung des Romans	100 000	CZK

[Dateien zum Herunterladen](#)

* Liste aktuell bewilligter Projekte (15 kB)

[zurück](#)

[neuer filter](#)

Copyright © 2021 Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds

- Informationen zum Urheberrecht
- Schutz personenbezogener Daten (GDPR)